

Lokale Migrationspolitik in ländlichen Regionen Deutschlands: Ausgangspunkte für empirische Forschung

Hannes Schammann, Christin Younso und Diana Meschter

Thünen Working Paper 142

Das Verbundprojekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen“ (ZukunftGeflüchtete) wird von der Universität Hildesheim, der Technischen Universität Chemnitz, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und dem Thünen-Institut für Ländliche Räume durchgeführt. Prof. Dr. Hannes Schammann und Christin Younso von der Universität Hildesheim sowie Diana Meschter von dem Thünen-Institut für Ländliche Räume bearbeiten den Teilbereich „Lokale Integrationspolitik und deren Unterstützung durch Länder, Bund und EU“. Das Thünen-Institut für Ländliche Räume koordiniert das Verbundprojekt. Gefördert wird das Verbundprojekt durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages (FKZ 2817LE036, Projektlaufzeit 01.01.2018-31.12.2020).

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Hannes Schammann, Christin Younso (M.A.)
Universität Hildesheim
Institut für Sozialwissenschaften
Universitätsplatz 1
D-31141 Hildesheim

Telefon: +49 5121 / 883-10712
E-Mail: hannes.schammann@uni-hildesheim.de

Thünen Working Paper 142

Braunschweig/Germany, März 2020

Zusammenfassung

Das vorliegende Working Paper 142 skizziert die Ausgangssituation für die Erforschung lokaler Migrations- und Flüchtlingspolitik in ländlichen Räumen in Deutschland. Dabei wird unter anderem Bezug genommen auf die Verflechtung verschiedener politischer und administrativer Ebenen, auf kommunale Handlungsoptionen in unterschiedlichen Politikfeldern (hier: Wohnen, Arbeit, Bildung, Sprache, Gesundheit und Mobilität) sowie auf querliegende Aspekte wie Fragen der Steuerung (Governance) und der politischen Partizipation Geflüchteter. Das Working Paper fasst zudem mögliche Einflussfaktoren lokaler Migrationspolitik kursorisch zusammen.

Schlüsselwörter: Ländlich-periphere Regionen, Lokale Integrationspolitik, Kommunen, Migration

Summary

This working paper 142 outlines the starting point for research on local migration and refugee policy in rural areas in Germany. Reference is made to the multilevel governance of the political and the administrative level, to options for actions at the municipal level concerning different policy fields (housing, employment, education, language, health and mobility) as well as to aspects about participation of refugees. Finally, the working paper summarizes possible important factors for local migration policy.

Keywords: Local Migration Policy, Migration, Municipalities, Rural areas

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	i
Summary	i
1 Einführung	1
2 Was ist (lokale) Migrationspolitik?	3
3 Lokale Migrationspolitik im Mehrebenensystem	5
4 Entwicklung lokaler Migrationspolitik: Von der kommunalen „Ausländerpolitik“ über die institutionalisierte „Querschnittsaufgabe Integration“ hin zum kommunalen Migrationsmanagement?	9
5 Untersuchungsbereiche lokaler Migrationspolitik	11
5.1 Governance und politische Partizipation	11
5.2 Wohnen	14
5.3 Arbeit	15
5.4 Bildung und Sprache	17
5.5 Gesundheit	19
5.6 Mobilität	20
6 Einflussfaktoren lokaler Migrationspolitik	23
Literaturverzeichnis	27

1 Einführung

Es ist eine geradezu klassische Frage der interdisziplinären Migrationsforschung, ob und wenn ja welche Auswirkungen politische Entscheidungen und Maßnahmen tatsächlich auf faktische Migrationsbewegungen und Integrationsprozesse haben (Freemann 1994). Deziert politikwissenschaftlich orientierte Autor*innen haben dennoch erst vergleichsweise spät begonnen, die Wirkung migrationspolitischer *policies* sowie – vor allem – deren spannungsgeladene Entstehung (Cornelius et al. 1994; Hollifield 1992; Freemann 1995) und ihr „Scheitern“ (Czaika und Haas 2013; Castles 2004; Helbling und Leblang 2019) zu untersuchen. Die meisten dieser Arbeiten sind international vergleichend und fokussieren in der Tradition internationaler Politik den Nationalstaat und internationale Organisationen (Loescher et al. 2012). Die Erforschung politischer Prozesse unterhalb des Nationalstaates ist in den Anfängen politikwissenschaftlicher Migrationsforschung dagegen selten, nahm seit zehn bis 15 Jahren jedoch stetig zu (Bommes 2003, 2006; Leo und August 2009; Poppelaars und Scholten 2008) und wurde in den letzten Jahren zu einem ernst zu nehmenden Forschungsbereich (Caponio und Jones-Correa 2017; Dekker et al. 2015; Scholten 2016). Ländliche Räume wurden dabei jedoch kaum beachtet.

Das Teilprojekt „Lokale Integrationspolitik und deren Unterstützung durch Länder, Bund und EU“ des Verbundprojektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ verfolgt vor diesem Hintergrund das Ziel, die Entstehung migrationspolitischer *policies* in ländlichen Regionen Deutschlands zu verstehen und daraus Aussagen über ihre Wirkung auf Integrationsprozesse abzuleiten.

Kommunen sind im politischen System als die Gebietskörperschaft der „Gemeinde“ definiert und stellen einen Organisationsverbund dar (Bommes 2009: 89). Mit dem Begriff der Kommune sind sowohl Gemeinden als auch Städte oder Kreise gemeint. Studien zur Rolle der Kommunen in der deutschen Migrationspolitik wurden bislang mehrheitlich in qualitativen Studien zu urbanen Räumen¹ durchgeführt. Nur selten waren Klein- und Mittelstädte und ländliche Regionen Forschungsgegenstand. Diese Forschungslücke griffen ab Anfang der 2000er Jahre Autor*innen wie Alisch und May (2008, 2011), Boos-Krüger (2005, 2011), Engel (2013), Hüttermann (2010), Miksch und Schwier (2000) auf. Insbesondere der Forschungsverbund „Zuwanderer in der Stadt“ (2005) und die Schader-Stiftung (2007a; 2007b; 2011a; 2011b; bzw. Aumüller und Gesemann 2013, 2014) beschäftigte sich mit Fragen der Zuwanderung in Klein- und Mittelstädte – und dies auch in ländlichen Regionen. Das bis dahin geringe Maß an Forschung begründen Alisch und May (2011) damit, dass sich Migrationsforschung immer eher auf das Erforschen von Konflikten und Herausforderungen beschränkt hat und diese in urbanen Räumen präsenter sind. Aufgrund der geringeren Präsenz von Migrant*innen in ländlichen Räumen waren diese Regionen als Untersuchungsgegenstand zumeist nicht attraktiv genug. In städtischen Räumen würden „Integrationsproblematiken“ schneller sichtbar und wirkten in gewisser Weise „virulent“ und seien damit deutlich prä-

¹ Zur Problematik von Räumen in der Migration und Migrationsforschung (siehe Glasze, Pott 2014).

senter (2011: 8). Der Blick in die internationale Literatur zeigt jedoch, dass es bzgl. Analysen von Migration und Integrationspolitik in ländlichen Regionen einige (politikwissenschaftliche) Erkenntnisse gibt, die sich vor allem auf „rural areas“ in Australien, Schweden, Schweiz, Österreich und den USA beziehen (Cvetkovic 2009; Gruber 2013; Machold et al. 2013; Manatschal 2013; Marcher et al. 2017; Boese, Phillips 2017).

Zahlreiche Publikationen, vor allem im Bereich der grauen Literatur, und eine stark praxisbezogene Forschung zeigen, dass seit der erhöhten Zuwanderung nach Deutschland und Europa in den Jahren 2015 und 2016² in Deutschland die Thematik erheblich mehr Beachtung erfuhr (Braun, Simons 2015a, 2015b; ARGE Landentwicklung 2016; Aumüller, Gesemann 2016; BBSR 2018; BMVI 2016; DAFA 2016; Deutscher Landkreistag 2016; Franke, Magel 2016; Beirat für Raumentwicklung 2017; Özer, Schwarze 2017; Bartels 2018; Floeting et al. 2018; Ritgen 2018). Auch wissenschaftliche Beiträge beschäftigen sich seitdem verstärkt und zunehmend interdisziplinär mit Zuwanderung in ländliche Regionen (Mehl et al. 2017; Kordel et al. 2018). Für Forschung und Praxis gilt, dass Migration dabei immer wieder mit dem demographischen Wandel und seinen Folgen verknüpft wird (u. a. Gesemann 2015; Bartels 2018; Floeting et al. 2018; Hessische Staatskanzlei 2018). Integration und Zuwanderung werden in nahezu allen Publikationen als Chance für die ländlichen Räume verstanden (u. a. Kirchhoff 2018; Deutscher Landkreistag 2016; Franke, Magel 2016). Gleichzeitig benennt die entsprechende Literatur grundlegende Herausforderungen, denen sich die ländlichen Kommunen bei der Integration Geflüchteter stellen müssen, wie etwa die Arbeitsmarktintegration (besonders für junge Frauen), die sprachliche Bildung, Mobilität und den Wunsch, die Geflüchteten an die eigene Kommune zu binden (u. a. Gesemann 2015; Kirchhoff 2018). In der Praxis feststellbar scheint zudem, dass das Thema Integration auch in den ländlichen Räumen einen „Perspektivwechsel von der Problem- hin zur Ressourcenorientierung“ vollzogen hat (Kirchhoff 24.06.2016).

Das vorliegende Papier versteht sich als Werkstattpapier zur Vorbereitung der empirischen Erhebung im Teilprojekt und beginnt dazu mit einer Definition lokaler Migrationspolitik (Kapitel 2) und einer grundsätzlichen Verortung. Kapitel 3 skizziert die für den Forschungsgegenstand relevanten Rahmenbedingungen lokaler Migrationspolitik im deutschen Föderalismus. Anschließend erfolgt eine knappe Darstellung der Entwicklung lokaler Migrationspolitik in Deutschland (Kapitel 4). Kapitel 5 geht spezifischer auf Forschungsergebnisse zu den im Gesamtprojekt fokussierten Politik- und Querschnittsfeldern ein. Kapitel 6 vermittelt einen Überblick über mögliche Einflussfaktoren kommunaler Integrationspolitik in ländlichen Räumen. Im abschließenden Kapitel 6 werden einige zentrale Grundannahmen rekapituliert und forschungsleitende Fragen vorgestellt.

² Zur veränderten Fluchtmigration von 2014 bis 2016, den Reaktionen und Maßnahmen in Deutschland (siehe Grote 2018).

2 Was ist (lokale) Migrationspolitik?

Migrationspolitik kann in Anlehnung an klassische Definition von Politik verstanden werden als dasjenige menschliche Handeln, das die Etablierung und Umsetzung allgemeinverbindlicher Regelungen sowie Steuerungsmechanismen im Umgang mit Migration und migrationsbedingter Vielfalt zum Ziel hat (Schammann 2018: 68). Ausgangspunkt politischen Handelns ist das Phänomen der Migration und seine Folgen. Dies bedeutet, dass es nicht notwendig und möglicherweise auch wenig hilfreich ist, einen begrifflichen Unterschied zwischen Migrations- und Integrationspolitik zu machen – oder, wie in Teilen der (vergleichenden) Migrationspolitikforschung üblich, zwischen „immigration policy“ und „immigrant policy“ (Hammar 1990). Außerdem kann in dieser Definition auch das Handeln nicht-staatlicher Akteure als „migrationspolitisch“ klassifiziert werden. Dies ist in engeren Definitionen, die unter anderem der Indexbildung vergleichender Forschung zugrunde liegen, meist nicht möglich. Dort wird Migrationspolitik überwiegend auf das Handeln einer nationalstaatlichen Regierung beschränkt (Bjerre et al. 2015). Will man jedoch zumindest ein Stück weit über rein staatliche Regulierung hinausgehen und die Vielstimmigkeit der Migrationsdebatte verstehen, scheint die vorgeschlagene, breite Definition angemessen. Je nach Forschungsinteresse lassen sich dann – ebenso wie beim Politikbegriff – Schwerpunkte setzen, etwa auf Macht- oder Herrschaftsgefüge.

Für eine weitere Operationalisierung kann die in der Politikwissenschaft übliche Dreiteilung des Politikbegriffs in *polity*, *politics* und *policy* verwendet werden: *Migration policy* beschreibt eine migrationspolitische Entscheidung, Regelung oder Maßnahme, die als output des politischen Prozesses – und damit der *politics* – entsteht. Häufig ist zudem mit *migration policy* auch das gesamte Politikfeld der Migrationspolitik gemeint (Blätte 2015). Völker- oder verfassungsrechtlich verankerte Rahmenbedingungen, die den migrationspolitischen Prozess und seine Ergebnisse innerhalb gesellschaftlich konsentierter Grenzen halten, könnten schließlich unter *migration polity* gefasst werden.

Lokale Migrationspolitik umfasst entsprechend migrationspolitische policies, die aus lokalen politics entstehen ebenso wie die kommunalen Handlungsspielräume (*polity*), da Städte und Gemeinden in ein Mehrebenensystem der Migrationspolitik eingebunden sind. Dieses schränkt ihre Kompetenzen zu eigenständiger Politikgestaltung wesentlich stärker ein als dies bei der Betrachtung von Nationalstaaten der Fall ist. Die *polity*-Dimension ist daher bei lokaler Migrationspolitik von besonderer Relevanz (Kapitel 3).

Die Kompetenzverteilung im Föderalismus zwischen Nationalstaat, Ländern und Kommunen bedeutet auch, dass ein erheblicher Teil kommunalen Handelns streng genommen nicht politisch gemäß obiger Definition ist. Stattdessen steht in zahlreichen Bereichen die Implementation von policies im Vordergrund, die auf anderen Ebenen politisch „gemacht“ wurden. Aus diesem Grund konzentrierte sich die Forschung zu kommunaler Migrationspolitik bislang meist auf die Aspekte, die auch originär in Zuständigkeit der Kommune liegen – insbesondere Fragen der Integration (Bommes, Kolb 2012). Jüngere Forschung legt jedoch nahe, dass Kommunen ihre Gestaltungs-

spielräume auch bei der Implementation übergeordneter Regelungen durchaus erkennen und politisch nutzen (Schammann, Kühn 2016).³ In der Folge muss die Definition von Migrationspolitik auf der lokalen Ebene um den Aspekt der Implementation erweitert werden: *Lokale Migrationspolitik meint durch lokale Akteure gestaltete Prozesse, die eine Etablierung und Umsetzung all-gemeinverbindlicher Regelungen und Steuerungsmechanismen im Umgang mit Migration und migrationsbedingter Vielfalt zum Ziel haben. Dazu zählt auch die koordinierte Auslegung übergeordneter Regelungen durch lokale Behörden.*

Auch wenn in jüngster Zeit Migration in **ländliche Räume** verstärkt die Aufmerksamkeit von Praktiker*innen und Migrationsforscher*innen auf sich gezogen hat, kann nur sehr beschränkt auf unmittelbar einschlägige politikwissenschaftliche Literatur zurückgegriffen werden. Die folgende Darstellung unternimmt daher den Versuch, Forschungsstränge lokaler (Migrations-) Politikforschung zu identifizieren, an die im weiteren Forschungsprozess angeschlossen werden kann.

Eine Kategorisierung der bisherigen Forschung zur lokalen Migrationspolitik kann zwischen Implementationsforschung und Politikfeldanalysen im Bereich freiwilliger Aufgaben vorgenommen werden (Schammann 2017b: 95-98). Arbeiten der Implementationsforschung untersuchen ausschließlich Prozesse der Umsetzung übergeordneter Regelungen, meist mit Theorien und Methoden der Verwaltungswissenschaften/Public Administration (u. a. Eule 2014; Schammann 2015; Ellermann 2006). Politikfeldanalysen fokussieren Dimensionen bzw. Politikfelder wie Wohnen, Sprache etc. auf der lokalen Ebene und nehmen übergeordnete Ebenen nur als relativ starren Rahmen wahr. Politische Gestaltung von Spielräumen im Zuge der Implementation wird eher nachrangig untersucht. Das Teilprojekt versucht, beide Stränge zu kombinieren, wobei je nach Politikfeld die eine oder andere Schwerpunktsetzung dominiert.

Zieht man außerdem die Kategorisierung lokaler Migrationspolitikforschung von Manatschal (2013) heran, so sind einerseits Studien zu nennen, die sich mit den Einflussfaktoren auf lokale policies beschäftigen und andererseits solche, die Auswirkungen dieser policies untersuchen (Manatschal 2013: 36). Das Teilprojekt steht vor allem in der Tradition des ersten Strangs: Erforscht werden zentrale Einflussfaktoren auf die inhaltliche Gestaltung lokaler Migrationspolitik in den für das Gesamtprojekt ausgewählten Dimensionen (Wohnen, Arbeit, Bildung und Sprache, Gesundheit und Mobilität; Ager, Strang 2008). Hinzu kommen Fragen der Governance. Eine viel zitierte Studie der Schader-Stiftung identifiziert drei Faktoren, die kommunale Integrationspolitik in kleinen Städten und Landkreisen besonders beeinflussen: erstens einen „grundlegenden politischen Wandel und Stellenwert der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland“, zweitens die „föderale Aufgabenteilung zwischen den staatlichen Ebenen bei der Ausgestaltung der Migrations- und Integrationspolitik“ und drittens die teils „schwierigen kommunalen Finanzsituationen“ (Schader-Stiftung 2011: 14). Kapitel 5 wird dem noch einige weitere Aspekte hinzufügen.

³ Für eine Abhandlung zur Policy- und Implementationsforschung in der Politikwissenschaft (siehe Wegrich 2017).

3 Lokale Migrationspolitik im Mehrebenensystem

Die politischen Strukturen Deutschlands kennen die Ebene des Bundes, die Ebene der Länder und die Ebene des Kommunalen. Auf allen drei Ebenen werden politische Vertreter*innen gewählt (Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG). Die administrativen und föderalen Strukturen des Staates beziehen sich immer auf den Bund und das Land, die kommunale Ebene hat eine eigene kommunale Selbstverwaltung, ist aber aus staatsrechtlicher Sicht als Teil des Landes zu verstehen (Wehling 2009: 9). Die Selbstständigkeit der „Gemeinde“ wird in der Verfassung durch Artikel 28 Absatz 2 GG garantiert. Demgegenüber steht so immer die Abhängigkeit der Gemeinde von zentralstaatlichen Entscheidungen (Häußermann 1991). Wollmann beschreibt eine Kommune als eine gebietsbezogene und multifunktionale Handlungseinheit (2008: 198).

Die verschiedenen Ebenen wirken auch an „der politischen Gestaltung sozialer Integrationsprozesse“ (Bommes 2009: 92) mit. Dabei arbeiten mit Blick auf die lokale Integrationspolitik Landkreise und kreisangehörige Städte und Gemeinden besonders eng zusammen. 294 Landkreise sind in den ländlicheren Regionen für die soziale, kulturelle und technische Infrastruktur verantwortlich (Spellerberg 2018: 177).

Drei Aufgabentypen lassen sich für die kommunale Ebene darstellen: Erstens die weisungsgebundenen Pflichtaufgaben, zweitens die pflichtigen und drittens die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben (Schammann, Kühn 2016: 7 f.). Die verschiedenen Politikfelder von kommunaler Integrationspolitik werden von diesem verwaltungstechnischen Rahmen formiert. Um lokale Integrationspolitik und die Rolle der Kommunen besser einordnen zu können, sollten aber auch immer parallel ablaufende, politische und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, insbesondere die Hartz-Reformen, betrachtet werden (Bommes 2009: 99), die ebenfalls in den drei Aufgabenarten zugewiesen werden können.

Weisungsgebundene Pflichtaufgaben der Kommunen sind vom Land delegiert und betreffen unter anderem den Vollzug des Aufenthaltsrechts und der Sozialleistungen. Die kommunalen Ausländerbehörden, die zumeist beim Landkreis angesiedelt sind (Ausnahme teilweise: größere kreisangehörige Städte), entscheiden über Abschiebungen und über Einschränkungen der Freizügigkeit. Sie sind auch seit der Erweiterung des § 12a Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) für die Erteilung von Wohnsitzauflagen für anerkannte Geflüchtete zuständig (vgl. SVR 2016). Außerdem müssen Kommunen den Geflüchteten soziale Leistungen gewähren, dazu zählen Gesundheitsversorgung und Unterbringung. Die Sozialämter sind zumeist ebenfalls bei den Landkreisen angesiedelt (KGST 2017).

Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben sind Bereiche, in denen die Kommune verpflichtet ist zu handeln. Jedoch kann sie sich bei der Umsetzung der Verordnungen des Landes eigenständig für eine Handhabung entscheiden. Es führen also mehrere Wege zum verpflichteten Ziel, etwa der Beschulung von geflüchteten Kindern. Die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben sind eng mit den Handlungsfeldern der pflichtigen verschränkt. Maßnahmen zu einer besseren Umsetzung

pflichtiger Aufgaben können somit auch als freiwillige Aufgabe interpretiert werden (Schammann, Kühn 2016: 8).

Des Weiteren sind **freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben** der Kommunen oftmals Tätigkeiten und Angebote, die den direkten Bedarf vor Ort aufgreifen, etwa Deutschkurse für Geflüchtete, die keinen Anspruch auf einen Integrationskursplatz haben. Bei den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben spielt der politische Wille eine große Rolle. Die finanziellen Ressourcen muss die Kommune selbst aufbringen oder durch Fördermittel akquirieren.

Ganz grundsätzlich stehen Kommunen, selbst wenn man die eigenen Steuereinnahmen berücksichtigt, in ihrer **finanziellen Abhängigkeit** vom Land vor der Herausforderung der „Begrenzung kommunaler Ressourcen“ (Kirchhoff 24.06.2016). Werden Aufgaben als Pflichtaufgabe von höheren Ebenen auf die Kommune delegiert, so müssen ihr nach dem Konnexitätsprinzip finanzielle Mittel zur Aufgabenerfüllung bereitgestellt werden. Die Abrechnungen der Leistungen zwischen Ländern und Kommunen variieren in Form (Pauschale oder Spitzabrechnung) als auch in Höhe von Bundesland zu Bundesland (Schammann, Kühn 2016: 29). Dabei entstehen unter den Kommunen durchaus Konkurrenzsituationen, etwa zwischen kreisangehörigen größeren Städten und dem Landkreis oder zwischen den Mittelzentren eines Landkreises. Während des Asylverfahrens und für geduldete Personen tragen überwiegend die Länder und Kommunen die finanziellen Kosten (AsylbIG). Nach einer Anerkennung findet der Rechtskreiswechsel für die Leistungsempfänger*innen statt und so übernimmt der Bund die finanziellen Kosten nach Regelungen des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) und SGB XII (Thränhardt, Weiss 2016: 13).

Die Bundesländer spielen in der Ausgestaltung lokaler Migrationspolitik eine zentrale Rolle, da sie über Erlasse die Ausführung von Bundesgesetzen präzisieren und somit den Handlungsspielraum von Kommunen einschränken können als auch durch Förderprogramme Anreize für politisches Handeln vor Ort setzen können. Das Bundesland Hessen hat bspw. seit mehreren Jahren vielfältige Maßnahmen im Bereich der Integrationspolitik eingeführt, u. a. das WiR-Programm für eine wirkungsvolle und zukunftsorientierte Integrationspolitik (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2018) oder den seit 15 Jahren verliehenen Integrationspreis des Landes (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2017). Bundesländer haben zudem Entscheidungsmacht in aufenthaltsrechtlichen Fragen, wie etwa der Vergabe von humanitären Aufenthaltstitel (§ 23 AufenthG). Die Länder haben die Fachaufsicht über die kommunalen Ausländerbehörden und können in dieser Position verbindliche Erlasse an diese weiterleiten (Schammann, Kühn 2016: 7). Zudem können sie eigenständig Einbürgerungspolitik gestalten, was besonders für anerkannte Geflüchtete mit einem rechtmäßigen Aufenthaltstitel nach mindestens sechs Jahren interessant wird (Thränhardt 2017).

Der Bund hat in Bezug auf lokale Integrationspolitik vor allem folgende Funktionen und Kompetenzen: Er legt gesetzliche Handlungsspielräume fest und gestaltet unter Berücksichtigung von EU-Richtlinien die bundesdeutsche Migrationspolitik. In der Flüchtlingspolitik ist ausschlaggebend, dass der Bund mittels des Bundesamtes für Migration und Flüchtling (BAMF) das Asylver-

fahren für Asylbewerber*innen durchführt. Er steuert die Zugangsmöglichkeiten der Asylbewerber*innen zum Arbeitsmarkt, koordiniert und finanziert die Durchführung der Integrationskurse und bestimmt über gesetzliche Mindeststandards in einigen Bereichen, bspw. bei Sozialleistungen. Maßnahmen des Bundes zur Integration werden im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) §§ 43-45 festgehalten.

Der Bund hat die Zuständigkeiten der Migrationspolitik auf unterschiedliche Ressorts verteilt. So ist das Bundesministerium des Innern (BMI) für die Aufsicht des BAMFs zuständig und hat auch die Verantwortung bezüglich asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen. Das Ministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ist verantwortlich für das AsylbLG und die darin festgeschriebene Grundsicherung während des Asylverfahrens. Diese Ressortzuständigkeiten veranschaulichen ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen einem wohlfahrtsstaatlichen Anspruch und einem sicherheitsorientierten Ansatz. Hinzu kommt die Position des/der Staatsminister*in für Migration, Flüchtlinge und Integration (Bundeskanzleramt). Das Spannungsverhältnis wird somit auch institutionell nicht aufgelöst und spiegelt sich in der Zuständigkeitslogik auf Ebene der Länder und ihren Kommunen wider. Ausprägung davon ist bspw. eine stark divergente Integrationspolitik auf kommunaler Ebene (Schammann 2017a: 753). Schon bereits vor den Erfahrungen durch die erhöhte Zuwanderung gab es Reformvorschläge für eine institutionelle Veränderung der Migrationspolitik. So haben Akteure wie der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2013) empfohlen, die Federführung der bundesdeutschen Migrationspolitik in den Zuständigkeitsbereich eines Ministeriums zu verlagern (Thränhardt, Weiss 2016: 12).

Die Europäische Union (EU) hat vor allem zwei wesentliche Einflussbereiche, über die sie auf die Kommunen (u. a. Alber, Zwilling 2014) und auf lokale Migrationspolitik in Deutschland wirken kann. Zum einen sind dies die Richtlinien und Standards, die im Rahmen des gemeinsamen europäischen Asylsystems (CEAS) seit 2013, geschaffen wurden und zum anderen sind es umfangreiche Förderstrukturen, die die ländlichen Regionen der europäischen Staaten über verschiedenste Strukturfonds erhalten (Alemann von, Münch 2006).

Das CEAS bündelt Richtlinien und Mindeststandards für eine faire und gleichwertige Durchführung von Asylverfahren und der Behandlung von Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union (Europäische Kommission 2018). Zu diesen Mindeststandards zählen bspw. die Aufnahme richtlinie zur menschenwürdigen Unterbringung oder die Qualifikationsrichtlinie zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft. Des Weiteren regeln Verordnungen, wie etwa die Dublin-III-Verordnung, die Zuständigkeiten für die Asylverfahren der Geflüchteten in der EU. Die Harmonisierung der Umsetzungspraxis von Asylverfahren in den Mitgliedstaaten der EU, wird von der Aufsichtsbehörde European Asylum Support Office (EASO) unterstützt. Spätestens jedoch seit der erhöhten Zuwanderung 2015/2016 wurden Prozesse dieses gemeinsamen Systems vor allem von den Nationalstaaten und ihren Regierungen in Frage gestellt. Vereinzelt übernahmen Nationalstaaten eigenmächtig die Migrationskontrolle an ihren Grenzen und einige EU-Staaten nehmen seitdem keine Geflüchteten mehr bei sich auf. In Folge dieser Entwicklungen hat sich die Diskussion um

eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik deutlich verschärft. Eine Zusammenarbeit aller EU-Staaten scheint in weite Ferne gerückt.

Die Europäische Union fördert über Strukturfonds die ländlichen Regionen der europäischen Staaten, auch im Bereich lokaler Integrationsmaßnahmen. Zum einen ist dies der europäische Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), mit dem die Teilnahme von Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten am ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Leben gefördert werden kann. Im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) eignet sich in erster Linie das LEADER-Programm, um flüchtlingsbezogene Aktivitäten im ländlichen Raum aus EU-Mitteln kofinanzieren. In der Förderperiode bis 2020 unterstützt das LEADER-Programm⁴ 321 Regionen in Deutschland (Netzwerk Ländliche Räume 2018). Im Rahmen dieser Programme werden auch soziale Maßnahmen für ländliche Regionen gefördert, dazu gehören vereinzelt Aktionen mit integrationspolitischem Engagement (Martinez Juan 2017; Langemeyer, Thorpe 2016). Aus Sicht der ländlichen Kommunen wäre anzuführen, dass eine Beteiligung an solchen Programmen administrative Kapazitäten zur Antragsstellung und Umsetzung der Projekte und finanzielle Mittel zur Kofinanzierung erforderlich machen. Diese hängen wiederum von Finanzkraft und Größe der Gemeinden und Städte ab. Somit dürfte es einen Bias zulasten von Kleinstädten und Landgemeinden und generell strukturschwachen Regionen geben.

⁴ Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale" heißt „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“ für Weiteres bspw. European Network for Rural Development 2019.

4 Entwicklung lokaler Migrationspolitik: Von der kommunalen „Ausländerpolitik“ über die institutionalisierte „Querschnittsaufgabe Integration“ hin zum kommunalen Migrationsmanagement?

Die vorausgehenden Ausführungen haben deutlich gemacht, dass Migrationspolitik in der Gänze keine kommunale Aufgabe ist. Jedoch sind und waren Kommunen schon immer direkt von Migration betroffen und sind spätestens dann gefragt, wenn es um Integrationsprozesse geht (Bommes 2009: 89; Filsinger 2009). Entsprechend wurden die ersten Ansätze von kommunaler Integrationspolitik, damals noch „**Ausländerpolitik**“ genannt, bereits weit vor den ersten Bundesregelungen ab Mitte der 1970er Jahre in Großstädten wie Hamburg (1976) oder Köln (1978) (SVR 2018: 129) entworfen. Wenn eine Kommune zu damaliger Zeit eine eigene Strategie für die Integration von Zugewanderten entwickelte, war dies oftmals dadurch motiviert, dass vor Ort ein hoher Anteil an Zugewanderten lebte, es soziale Problemlagen gab oder kommunale Akteur*innen dies einforderten (Filsinger, Gesemann 2017: 9). In den 1990er Jahren und mit dem Bekenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, wurde der kommunale Handlungsspielraum für Integrationspolitik weiter ausgeleuchtet und durch erste integrationspolitische Gesamtkonzepte erfasst (SVR 2018: 130). So entstanden in dieser Zeit die ersten Integrationskonzepte auf kommunaler Ebene (Filsinger 2009; Gesemann, Roth 2009).

Zur Jahrtausendwende rückte die Bedeutung der kommunalen Ebene in Fragen der Integrationspolitik immer mehr in den Vordergrund. Bund und Länder erkannten die staatliche Aufgabe einer strukturierten Integrationspolitik als wichtige Bedingung für eine funktionierende Integrationspolitik an und die Stellung der Kommune gewann mehr und mehr an Kontur (Bommes 2009; SVR 2018). Dabei ließen sich über vor allem zwei Handlungsstrategien erkennen. Entweder wurde mit Verweis auf die föderale Kompetenzverteilung die eigene Handlungsmacht in der „Ausländerpolitik“ abgestritten und die Kommune wurde nur dort aktiv, wo sie das friedliche Zusammenleben gefährdet sah. Auf der anderen Seite verstanden sich Kommunen aber auch als Korrektiv zur Landes- und Bundespolitik und versuchten aktiv, Zuständigkeiten an sich zu ziehen bzw. durch kommunales Handeln Fakten zu schaffen (Scheffer 1999: 764). Mit Beginn der 2000er Jahre scheint sich jedoch zunehmend eine „pragmatische Konzeption“ bei den Kommunen durchgesetzt zu haben (Filsinger 2009). Kommunale Integrationspolitik wird immer mehr zur kommunalen Querschnittsaufgabe (Scheffer 1999: 764). Krummacher (2017: 87) beschreibt die Phase von 2011 bis 2015 als „**Institutionalisierungsphase**“, da das Verständnis für die kommunale Querschnittsaufgabe Integrationspolitik gewachsen sei und seitdem auch institutionell entsprechend verankert wird. Eine nachhaltige Verankerung beurteilte Krummacher 2017 allerdings noch kritisch.

Ab 2015 unterliefen die Kommunen und ihre bis dahin institutionalisierten Integrationsstrukturen- und Konzepte eine Art Feuerprobe. Im Nachgang der erhöhten Zuwanderung und mit dem starken Rückgang der Asylerstantragszahlen seit 2017⁵ überarbeiteten viele Kommunen ihre Kon-

⁵ Für einen Einblick in die aktuellen Zahlen und die Entwicklung über die Asylerstantragszahlen siehe BAMF 2019a, S. 7.

zeptionen der kommunalen Integrationspolitik.⁶ Für die meisten Kommunen in ländlichen Regionen lässt sich konstatieren, dass sich die kommunale Steuerung und Koordination zur Förderung von Integration seit 2015 ganz überwiegend im Aufbau befindet (Floeting et al. 2018). Wenn in ländlichen Regionen kommunale Strukturen existieren, werden diese vor allem von der Landkreisebene aus geschaffen (Kirchhoff 24.06.2016, 2018; Schader-Stiftung 2011).⁷

Doch auch wenn vielerorts die Strukturen erst entstehen, so lässt sich in zahlreichen Aussagen kommunaler Politiker*innen ein deutlich gewachsenes migrationspolitisches Selbstvertrauen der Kommunen ablesen. Aus der Forschung lässt sich erkennen, dass Kommunen – auch ländlichere – über verschiedenste Mechanismen verfügen, um als Akteurin von Migrationspolitik aufzutreten.⁸ So können sie sich ein eigenes Profil ihrer Einbürgerungspolitik zulegen (Thränhardt 2017), kommunale Migrant*innenorganisationen und Ausländerbeiräte unterstützen und eine interkommunale Vernetzung zu Integrationspolitik voranbringen. Kommunen sind eindeutig keine bloßen Erfüllungsgehilfen von Bund und EU. Kreise, Städte und Gemeinden haben Handlungsspielräume in allen Politikfeldern der Integrationspolitik (vgl. Schammann, Kühn 2016). Es wird in der Fachöffentlichkeit und darüber hinaus diskutiert, ob Kommunen nicht direkt Kompetenzen der Länder übernehmen sollten, bspw. in der Frage der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerber*innen (Bendel et al. 2019). Diese Überlegungen finden sich in wissenschaftlichen Debatten zu den Themen „Dezentralisierung“ und „local turn“ von (Integrations-)Politik wieder (u. a. Wollmann 2008; Hinger et al. 2016; Campomori, Caponio 2017; Schammann et al. i. E.). Das Forschungsprojekt „ZukunftGeflüchtete“ wird vor diesem Hintergrund auch der Frage nachgehen, ob sich seit 2015 so etwas wie ein ganzheitliches kommunales „Migrationsmanagement“ entwickelt hat (Geiger, Pécoud 2012; KGSt 2017).⁹

⁶ Für einen kursorischen und aktuellen Überblick zu Integrationskonzepten in Deutschlands siehe Damm 2019.

⁷ Für eine ausführliche Abhandlung der Entwicklung lokaler Integrationskonzepte siehe Filsinger 2009.

⁸ Kommunen engagieren sich bspw. für Menschen ohne Papiere, um ihnen eine Gesundheitsversorgung, Stichwort anonymer Krankenschein, zu bieten oder sie setzen politisch andere Signale als der Bund und schieben Geflüchtete nicht nach Afghanistan ab (u. a. Peter 2018).

⁹ Für eine ausführliche Expertise kommunaler Integrationskonzepte, ihrer Wirkungsweise, Verbreitung und Funktion siehe Filsinger, Gesemann 2017.

5 Untersuchungsbereiche lokaler Migrationspolitik

Da aus forschungspragmatischen Gründen eine Fokussierung der empirischen Arbeit auf ausgewählte Politikfelder lokaler Migrationspolitik erfolgen muss, wurden fünf Politikfelder bzw. „sub-policies“ ausgewählt. Die vier Politikfelder *Wohnen, Arbeit, Bildung/Sprache* und *Gesundheit* ergeben sich aus dem viel zitierten und auch im Verbundprojekt verwendeten Integrationsmodell nach Ager und Strang (2008). Zudem werden sie auch von der Mehrheit der Publikationen aus Forschung und Praxis benannt (Schader-Stiftung 2014; Schammann, Kühn 2016; Thränhardt, Weiss 2016; Floeting et al. 2018). Die zwei zusätzlichen Bereiche *Governance und politische Partizipation* sowie *Mobilität* werden dagegen in migrationspolitischer Forschung bislang eher als Querschnittsaufgaben und weniger als eigene „sub-policies“ im Politikfeld der Migration/Integration gesehen. Sie sind nichtsdestotrotz zentrale Forschungsfelder, insbesondere in ländlichen Räumen.¹⁰

Die folgenden Ausführungen zu den Politikfeldern und Querschnittsaufgaben geben einen kurzen Einblick in den kommunalen Handlungsspielraum und beleuchten schlaglichtartig die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu ländlichen Kommunen. Eine Herausforderung bei der Betrachtung faktischer Policies besteht darin, dass sich kommunale Maßnahmen, bspw. in den Politikfeldern Unterbringung und Gesundheit oftmals nur auf Geflüchtete im Asylverfahren beziehen und die Maßnahmen in den Feldern Arbeit, Bildung und Sprache sowie Mobilität und politische Partizipation, sich tendenziell an anerkannte Geflüchtete richten. Zudem greifen die Policies, die für die verschiedenen Schwerpunkte erarbeitet und implementiert werden, häufig ineinander und sind daher auf etwaige Feinabstimmungen angewiesen (vgl. OECD 2018: 84). In Literatur und Forschung herrscht deshalb Konsens, darüber, dass alle diese Politikfelder eine starke Koordinierungsstruktur brauchen. Aus diesem Grund wird die Frage der politikfeldübergreifenden Steuerung, Koordinierung und Institutionalisierung lokaler Migrationspolitik im Teilprojekt ebenfalls eine zentrale Rolle spielen.

5.1 Governance und politische Partizipation

Die Frage nach der Governance kommunaler Migrationspolitik ist so wichtig wie grundsätzlich. Governance im Sinne von Steuerung, Koordination und Konzeption spielt, wie in Kapitel 4 gezeigt wurde, in der Institutionalisierungsgeschichte lokaler Migrationspolitik eine grundlegende Rolle (vgl. Krummacher 2017).

Die Koordination und Konzeption von kommunaler Migrationspolitik durch die Kommunen, wird von der (meist praxisnahen) Forschung als *ein* Erfolgsfaktor für gelingende Integrationspoli-

¹⁰ Es wird sich im Verlauf des Teilprojekts zeigen, inwiefern hier ein tatsächlicher Politikfeld-Charakter angenommen werden kann – oder wie sich die Bereiche ansonsten politikwissenschaftlich fassen lassen.

tik benannt (ILS 2016). Dabei ist die kommunale Migrationspolitik auch davon beeinflusst, inwiefern Migrationspolitik auf Landesebene institutionalisiert und strategisch ausgerichtet wird. Landespolitische Maßnahmen etwa Regelungen zu Integration und Teilhabe bieten einen Rahmen, in dem sich die kommunale Integrationspolitik verorten kann (Filsinger, Gesemann 2017: 34). Nach der erhöhten Zuwanderung 2015 und aufgrund der oft betitelten „Verwaltungskrise“ kam es in vielen Kommunen zu einer Reorganisation der kommunalen Flüchtlings- und auch der Migrationspolitik (Schammann, Kühn 2016: 32). Vielerorts wurden **Koordinierungsstellen** für das Engagement der vielen Ehrenamtlichen geschaffen. Migrationsämter wurden neu gegründet und Stabsstellen geschaffen. An runden Tischen wurde die Aufgabenverteilung kommunaler Migrationspolitik neu ausgefochten, besonders auffällig sind die Spannungen zwischen Ordnungs- und Integrationspolitik zu erkennen. Durch die Fokussierung auf die Pflichtaufgaben wie bspw. Unterbringung haben vielerorts die Akteure dieser Pflichtaufgaben, das Feld der kommunalen Migrationspolitik besetzt. Die **Integrationsbeauftragten** der Gemeinden und Städte sind bei dieser Neuverteilung eher in den Hintergrund geraten, da sie sich vielmehr im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben befinden (Schammann, Kühn 2016: 32 ff.).

Mit dem Blick auf kommunale Migrationspolitik, verfügen zumeist die größeren Städte über ein gesamtheitliches **Integrationskonzept** oder ein Integrationsleitbild (siehe Kapitel 4). Kleinstädte und kleine Gemeinden verfolgen (bislang) oftmals keinen konzeptionellen Ansatz von Migrationspolitik (ILS 2016: 88; Damm 2019). Die Entwicklung solcher ganzheitlichen Integrationskonzepte ist noch vielerorts am Anfang. Für die Umgangsweise mit Geflüchteten haben jedoch auch kleinere Kommunen speziellere Leitlinien zu einzelnen Handlungsfeldern entworfen, vor allem im Bereich der Unterbringung sind „kommunale Aufnahmekonzepte“ weit verbreitet (Aumüller 2009: 186). Das Gesamtpaket der Integrationsaufgaben ist hingegen nur zu geringem Maß in den kleinen Gemeinden verankert. Vielmehr sind freie Wohlfahrtsträger, intermediäre Organisationen, zentrale Akteure in ländlichen Regionen (Kirchhoff 24.06.2016). Diese Beobachtung wird bereits seit mehreren Jahren von der Politikwissenschaft untersucht und beschreibt, dass außerhalb des „local government“ vielfältige Akteursnetzwerke, lokale Governance-Strukturen geschaffen haben (Wollmann 2008: 221; Filsinger, Gesemann 2017). Aus praxisnahen Forschungsprojekten zeigt sich, dass für ein erfolgreiches **Integrationsmanagement** auf Landkreisebene, ein gut funktionierender Kommunikations- und Informationsfluss zwischen Landkreis und kreisangehörigen Kommunen notwendig ist (Kirchhoff 24.06.2016). Besonders deutlich wird die Wichtigkeit von Koordinierung und Steuerung der kommunalen Migrationspolitik, durch die Interaktion der Ebenen Landkreis und kreisangehörige Kommunen. Die migrationspolitische Aufgabenverteilung kann hier stark variieren und hängt zudem von der Einwohnerzahl der Kommunen ab (Schammann, Kühn 2016: 8). Ein Datenmanagement, welches landkreisweit wirkt, kann den benötigten Austausch zwischen den Ebenen unterstützen (KGST 2017: 62).

Zur Koordinierung lokaler Migrationspolitik gehört auch der Aspekt **Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamt**, der auch in den Kommunen der ländlichen Räume eine Rolle spielt. So wird gerade für Kleinstädte und kleinere Gemeinden, die Einbindung der Ehrenamtlichen in die Ausgestaltung der Integrationsarbeit und die Anbindung an das Hauptamt empfohlen und als ein

wichtiger Faktor für die soziale Integration Geflüchteter genannt (ILS 2016). Für die Verwaltungen der kleineren Kommunen ist das Engagement der Bewohner*innen für Geflüchtete von großem Wert. Besonders mittels persönlicher Netzwerke, lassen sich vor Ort, schnell vielfältige Akteure akquirieren und für das Integrationsvorhaben einspannen (ILS 2016; Kennel, Neumüller 2016: 27). Voraussetzungen für eine koordinierte Zusammenarbeit und Synergieeffekte sind, dass die Informationen bezüglich kommunaler Integrationsarbeit „frühzeitig und kontinuierlich“ verlaufen (Kennel, Neumüller 2016: 27). Die Anerkennung der ehrenamtlichen Integrationsarbeit durch die kommunale Verwaltung, die Hauptamtlichen und die Lokalpolitik, trägt ebenfalls zum Funktionieren kommunaler Migrationspolitik bei. Bisher erhalten Ehrenamtliche in ländlicheren Kommunen offenbar nicht genügend Anerkennung durch die kommunale Politik (Kirchhoff 24.06.2016).

Die Betrachtung der Steuerung kommunaler Migrationspolitik wirft auch die Frage nach den lokalen Mitgestaltungsmöglichkeiten von Geflüchteten sowie nach ihrer **politischen Partizipation** auf. Politische Partizipation lässt sich im Wesentlichen als eine freiwillige Mitgestaltung an politischen Entscheidungen und Prozessen verstehen. Die Abgrenzung zur bloßen „Teilhabe“ besteht darin, dass der Partizipationsbegriff einen „aktiveren und bewussteren Prozess des Handelns beschreibt, als dies der Begriff der Teilhabe impliziert“ (Nève de, Olteanu 2013: 13). Grundlegend unterscheidet man in der politikwissenschaftlichen Forschung nach konventionellen/formellen und unkonventionellen/informellen Partizipationsformen. Formelle politische Partizipation sind all die Tätigkeiten, deren Existenz per Gesetz gesichert ist. Somit sind Wahlen und die Mitarbeit in politischen Parteien formelle politische Teilhabemöglichkeiten. Informelle politische Partizipation meint alle Beteiligungsformen, die nicht im Gesetz festgeschrieben wurden – wenngleich sie durchaus geregelt sein können, so etwa das Mitwirken in Gremien und Beiräten, verschiedene Protestformen oder sonstige Versuche der bewussten Einflussnahme auf politische Prozesse. In den deutschen Kommunen gibt es kein Wahlrecht für Einwohner*innen aus Drittstaaten (Hunger 2018). Die politischen Rechte von Nicht-Staatsbürger*innen sind demnach eingeschränkt, gleichzeitig sind sie in sozialen und wirtschaftlichen Rechten gleichgestellt (vgl. Bommers 1999). An einer demokratischen Willensbildung der Gesellschaft müssen sie zwangsläufig anders partizipieren. Kommunen können Geflüchtete dabei jedoch unterstützen. Zum einen können sie über ihre kommunale Einbürgerungsstrategie die Kriterien für eine Ermessenseinbürgerung auslegen (Thränhardt 2017). Der Einbürgerungsprozess liegt in der Verantwortung der kommunalen Ausländerbehörde, die in den ländlichen Regionen wohl mehrheitlich auf Landkreisebene angesiedelt ist, er kann lokal stark gesteuert werden, was sich durch eine hohe kommunale Varianz belegen lässt (Schader-Stiftung 2011: 106; Aumüller, Gesemann 2013).¹¹ Zum anderen können Städte und Gemeinden die informelle Partizipation Geflüchteter unterstützen, indem sie bspw. Beratungsgremien wie Beiräte zu migrationspolitischen Fragen institutionalisieren und darüber die Partizipation an kommunalen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Auch können sie Kooperationen

¹¹ Mit Blick auf die Stabilität der Demokratie wird angeführt, dass es ein Interesse des Staates gibt, dass Bevölkerung und Staatsvolk möglichst deckungsgleich sind. Die, im europäischen Vergleich, niedrige Einbürgerungsquote Deutschlands wird in Literatur und Forschung aber auch von diversen Interessensverbänden kritisiert (Thränhardt 2017).

mit zivilen Akteuren und Vereinen stärken, um die Mitbestimmung an politischen Entscheidungen zu ermöglichen. Auf besondere Art und Weise bietet die Kommune, als Wohnort der Geflüchteten, eine Identifikationsmöglichkeit, die als Katalysator für politische Partizipation funktionieren kann (Aumüller, Gesemann 2013).

Für **ländliche Kommunen** gibt es mit Bezug auf informelle politische Partizipation vor allem Erkenntnisse für Migrant*innen im Allgemeinen. So ist bekannt, dass Migrant*innen nur in einem sehr geringen Umfang politisch eingebunden werden und politisch partizipieren (Kirchhoff 24.06.2016). Micksch und Schwier (2000) beschreiben, dass sich in den ländlichen Regionen nur selten Migrant*innen in den demokratischen Strukturen einbringen. Ortsvorsteher*innen oder auch Gemeindevorsteher*innen von Kirchen sind äußerst selten zu finden. In einigen ländlichen Kommunen gibt es die Strukturen der Ausländer- oder Integrationsbeiräte. Diese sind jedoch in ihrer Wirkung umstritten. Ob Kommunen die politische Partizipation von Migrant*innen als wichtig erachten, welche Maßnahmen sie institutionalisieren und welche Angebote sie fördern, hängt laut Aumüller und Gesemann vor allem von der Größe (Einwohnerzahl) der Kommune ab (2013: 93). Fragen politischer Integration und politischer Partizipation von Migrant*innen sind immer wieder Forschungsgegenstand politik- und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen (Alisch 2008; Hunger 2006; Häußermann, Wurtzbacher 2005; Hunger, Candan 2009). Hingegen ist die informelle politische Partizipation von Geflüchteten besonders in ländlichen Regionen noch nicht hinreichend erforscht.

5.2 Wohnen

Die ganz grundsätzliche Verantwortung der Unterbringung von Geflüchteten liegt bei den Landkreisen, die diese Aufgabe vom Land als weisungsgebundene **Pflichtaufgabe** erhalten. Das Land gibt dies an die Kommunen, die Landkreise sowie Städte und Gemeinden ab. Die Durchführung der Unterbringung erfolgt, je nach Unterbringungskonzeption des Landkreises und der dazugehörigen Kommunen, zentral oder dezentral in großen Gemeinschaftsunterkünften oder in Wohnungen. Besonders in ländlichen Regionen **teilen sich die Gemeinden und die Landkreise die Aufgabe** der Unterbringung (Kirchhoff 2018: 193). Die verantwortlichen Personen für die Unterbringung sind zumeist auf Landkreisebene angelegt und koordinieren von dort aus die Aktionen in den Gemeinden. In den meisten Kommunen wird eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen oder kleinen Gemeinschaftsunterkünften angestrebt, wenngleich dies nicht immer umsetzbar ist (Kirchhoff 2018: 193). Ein hoher Leerstand von Ein- und Zweifamilienhäusern kann die störungsfreie Unterbringung von Geflüchteten begünstigen, doch durch die Verteilung auf Einzeleigentum und die Anmietung durch den Landkreis gestaltet sich dies dennoch als organisatorische Herausforderung (Spellerberg 2018: 179; Braun, Simons 2015a). Aus diesem Grund haben ländliche Kommunen, die eine eigene Wohnungsbaugesellschaft betreiben, einen Vorteil und können Wohnungsl Leerstand kurzfristiger abrufen (Kirchhoff 2018). Zudem scheint es einen **Unterschied bezüglich der Wohnraumversorgung zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern** zu geben. Aufgrund des hohen Anteils an Eigentum ist der Wohnungsmarkt auch in ländlichen Regio-

nen der Westländer relativ schwierig zu bedienen. Dahingegen sollen in den ostdeutschen Bundesländern der klassische Mietwohnungsmarkt von dem Unterbringungsbedarf profitiert haben, trotz Vorbehalt der Genossenschaften (Kirchhoff 2018: 193). Da ländliche Kommunen sich vor 2015 vielfach migrationspolitisch noch nicht konzeptionell aufgestellt hatten, ist vielerorts auch die **Unterbringungskonzeption noch nicht abgeschlossen**, sondern lässt Raum für Entwicklungen (Spellerberg 2018).

Die seit August 2016 und rückwirkend zum 01.01.2016 eingeführte **Wohnsitzauflage** für anerkannte Geflüchtete (§ 12a AufenthG), betrifft auch Kommunen in den ländlichen Untersuchungsregionen. Die Länder **Bayern, Hessen und Sachsen haben eine positive Wohnsitzauflage** eingeführt, **Niedersachsen eine negative** Wohnsitzauflage (Renner 2018). Bei einer positiven Wohnsitzauflage müssen anerkannte Geflüchtete, außer bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen, ihren Wohnsitz bis zu drei Jahren an dem ihnen zugewiesenen Wohnort nehmen. Bei einer negativen Wohnsitzauflage können die Kommunen einen Zuzugsstopp anerkannter Geflüchteter erwirken. Für ländliche Regionen wird die Wohnsitzauflage oftmals als „Chance“ beschrieben, da so die Geflüchteten nicht sofort nach einer Anerkennung wegziehen können (u. a. Spellerberg 2018). Eine 2007 erschienene Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat die Erfahrungen der Spätaussiedler*innen der 1990er Jahre mit dem Wohnortzuweisungsgesetz untersucht. Bei dieser Gruppe der Migrant*innen zeigt sich, dass die Wohnortzuweisung mehrheitlich nicht als negativ empfunden wurde. Die Mehrheit der Personen, die das Gesetz kennen, gaben an, dass es ihnen egal sei, ob es ein solches Gesetz gibt oder nicht (Haug, Sauer 2007: 82)¹². Diese Vorgehensweise der gesetzlichen Wohnortzuweisung stößt jedoch auch auf kritische Stimmen, die eine autoritäre Raumordnung ablehnen und die Gestaltung von Raumentwicklung durch andere Instrumente als durch „Zwangszuweisungen“ lösen möchten (Dehne, Knieling 2016).

5.3 Arbeit

Die verstärkte Fluchtzuwanderung und der steigende Arbeitskräftebedarf in ländlichen Räumen im Kontext von demographischem Wandel und Abwanderung werden oftmals als **potentielle Win-Win-Situation** beschrieben, von der sowohl die Geflüchteten durch einfachere Arbeitsmarktintegration als auch die ländlichen Regionen profitieren könnten (vgl. Aumüller 2009; Ritgen 2018: 413; Braun, Simons 2015a, 2015b; Deutscher Landkreistag 2016; Schader-Stiftung 2014; Aumüller, Gesemann 2013: 65, 104; Schader-Stiftung 2011: 131, 135).

Das **Arbeitsmarktpotenzial** von ländlichen Räumen wird in der bisherigen Forschung differenziert eingeschätzt. Zum einen hängt sie von strukturellen Faktoren, wie den lokalen wirtschaftlichen

¹² Im Vergleich mit der Wohnortzuweisung für anerkannte Geflüchtete ist zu beachten, dass sich die Geflüchteten in einem Flüchtlingsstatus befinden. Spätaussiedler*innen erhalten mit Beginn der Einreise, die deutsche Staatsbürgerschaft (Haug, Sauer 2007). Dies ermöglicht andere Zukunftsperspektiven und weitere individuelle Freiheiten wie bspw. Freizügigkeit (Reisefreiheit) und politische Rechte.

Rahmenbedingungen (vgl. Schader-Stiftung 2011: 48, 131; Braun, Simons 2015a, 2015b; Goldenberg, Sackmann 2014: 42), lokalen Netzwerkstrukturen von Arbeitsmarktakteuren (vgl. Schammann, Kühn 2016: 24; Schader-Stiftung 2011: 38; Schader-Stiftung 2014: 7; Goldenberg, Sackmann 2014: 4) und kommunalen Angeboten zur Qualifizierung ab (Schammann, Kühn 2016: 24 ff.), zum anderen spielen aber auch Kapazitäten und das Engagement der lokalen Unternehmer*innen eine Rolle, Geflüchtete einzustellen (vgl. Schader-Stiftung 2011: 132 ff.; Goldenberg, Sackmann 2014: 4) sowie das Engagement von Landkreis und Kommunen als Mittler*innen zwischen Geflüchteten und lokalem Arbeitsmarkt zu dienen. Hier fehlt in der bisherigen Forschung allerdings eine Analyse der Aktivitäten und Handlungsspielräume von kleinen und mittleren Kommunen.

Das Politikfeld Arbeitsmarktintegration wird durch eine Reihe von bundes- und landesrechtlichen Regelungen beeinflusst. Kommunen zeigten **bis vor kurzem nur begrenzt eigene Aktivitäten** im Bereich der Arbeitsmarktintegration (Bartelheimer, Pagels 2009). Neuere Untersuchungen bescheinigen dem Thema Arbeitsmarkt eine wichtige Stellung als Politikfeld der lokalen Integrationspolitik (Schultz, Kolb 2018: 509 ff.; Ager, Strang 2008). Obwohl es keine kommunale Pflichtaufgabe ist (Schammann, Kühn 2016: 24; Bogumil et al. 2017: 70), da sie größtenteils bundesrechtlich verantwortet wird (Barthelmeier, Pagels, 2007: 473), messen Kommunen der Arbeitsmarktintegration eine sehr hohe Bedeutung zu (Gesemann, Roth 2017: 14). Die Aktivitäten von Landkreisen und Kommunen zur Förderung der Arbeitsmarktintegration lassen sich differenzieren nach Aktivitäten, die abhängig bzw. unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Geflüchteten sind:

Unabhängig vom **Aufenthaltsstatus** können Landkreise und Kommunen im Bereich der Arbeitsmarktintegration koordinativ tätig werden (Schammann, Kühn 2016: 24), in dem sie lokale Netzwerke und Kooperationen zur Arbeitsmarktintegration initiieren und leiten (Ritgen 2018: 417). Weiterhin können Landkreise und Kommunen neben der reinen Vernetzung versuchen, die Schnittstellenproblematik zwischen den verschiedenen Akteuren zu lösen, indem sie gemeinsame Erfassungstools zur einheitlichen Datenerhebung nutzen (Burgenlandkreis 2017: 28; Schammann, Kühn 2017: 25). Der **Rechtskreiswechsel** wird oftmals aufgrund fehlender Ressourcen der Jobcenter und des fehlenden Schnittstellenmanagements zwischen Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter kritisiert (Schammann, Kühn 2016: 24). Landkreise und Kommunen sind zudem selbst auch Arbeitgeber und können positive Beispiele bei der Beschäftigung von Geflüchteten setzen (Bartelheimer, Pagels 2009: 473). Landkreise können aber auch das Engagement von Unternehmen für Geflüchtete unterstützen, indem z. B. Preise für gute unternehmerische Praxis aus-gelobt oder Jobmessen organisiert werden (Schammann, Kühn 2016: 25). Um Unternehmen und Behörden für eine Arbeitsmarktintegration zu gewinnen, können Landkreise Schulungen zur Interkulturellen Öffnung anbieten oder Bundesprojekte wie „Integration durch Qualifizierung“ in Anspruch nehmen (Goldenberg, Sackmann 2014: 4). Neben der **Vernetzung und Honorierung von guter Praxis** können Landkreise und Kommunen selbst über Drittmittelprogramme die Arbeitsmarktintegration fördern. Diese Möglichkeit wird aber für die kleineren Kommunen durch deren geringeren personellen und finanziellen Mittel für eine lokale Arbeitsmarktpolitik beschränkt. Hier sind

die Bundesagentur für Arbeit und das Jobcenter die zentralen Anlaufpunkte für lokale Arbeitsmarktprogramme (Gesemann, Aumüller 2014: 57).

Abhängig vom Aufenthaltsstatus ist die Beratung durch das Jobcenter. Erst nach der Anerkennung als Geflüchtete*r findet mit dem Rechtskreiswechsel ein Zuständigkeitswechsel in den Bereich des Jobcenters statt. Dadurch besitzen die Personen einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und erhalten die **gleichen Leistungen wie deutsche Leistungsempfänger*innen**. Träger der Jobcenter sind die Landkreise und ihre Aufgabe ist die „Integration von Hilfsbedürftigen in Ausbildung und Arbeit“ (Ritgen 2018: 421). Bei den Jobcentern handelt es sich entweder um kommunale Jobcenter oder um gemeinsame Einrichtungen der Landkreise und der Bundesagentur für Arbeit, wobei das Leistungsrecht identisch ist. In den Jobcentern kann, neben der Ausländerbehörde und den Integrationsbeauftragten, das Migrationsmanagement angesiedelt werden (vgl. ebd. 421). Kommunal verantwortete Jobcenter dürften größeren Spielraum haben, um spezielle Beratungsstrukturen für Migrant*innen und Geflüchtete anzubieten.

5.4 Bildung und Sprache

Die Hoheit über Bildungs- und Kulturpolitik liegt im föderalen System Deutschlands bei den Bundesländern. So ist der Zugang zu Bildung für Geflüchtete von unterschiedlichsten Praktiken zwischen und innerhalb der Bundesländer geprägt (Weiser 2016). Die vorschulischen Bildungseinrichtungen, also die **Kindertagesstätten**, liegen jedoch grundsätzlich in der Verantwortung der Kommunen und ihren Jugendämtern. Die Zugangsmöglichkeiten zur Grundbildung (Schulische Bildung), sind stark davon abhängig, ob eine geflüchtete Person noch minderjährig ist und ob sie unter das Schulbesuchsrecht oder die Schulpflicht fällt. Die Hochschulbildung ist im Wesentlichen davon abhängig, ob der oder die Geflüchtete eine Hochschulzugangsberechtigung nachweisen kann und ob die deutschen Sprachkenntnisse dem benötigten Sprachniveau entsprechen.^{13 14}

Bei der Gewährleistung schulischer Bildung in ländlichen Regionen ist davon auszugehen, dass aufgrund der geographischen als auch infrastrukturellen Situation, die Kommunen vor verschiedenste Herausforderungen gestellt sind. Durch die zerstreute Siedlungsstruktur der ländlichen Regionen gestaltet sich bspw. eine Eingliederung von geflüchteten Kindern in das laufende Schuljahr als schwierig, da Sprachlernklassen/Willkommensklassen immer nur zum neuen Schuljahr geplant und angeboten werden können (Schader-Stiftung 2010: 44). Aumüller und Gesemann halten fest, dass die Schulen in ländlichen Regionen in der Planung von Sprachlernklassen zumeist auf sich alleine gestellt sind (2013: 51). Sind Geflüchtete noch schulbesuchsberechtigt, greifen im Regelfall die regulären Mechanismen des Bildungssystems. Sind jedoch Personen nicht

¹³ In der tatsächlichen Umsetzung eines Hochschulstudiums spielen weitere grundlegende Faktoren, wie etwa die Finanzierung des Studiums, die Krankenversicherung und die Anerkennung von bisherigen Studienleistungen und Hochschulabschlüssen, eine prägende Rolle (vgl. Schammann, Younso 2016).

¹⁴ Für eine ausführliche Darstellungsweise für Zugangsmöglichkeiten zur Bildung siehe Weiser 2016.

mehr schulbesuchsberechtigt und gleichzeitig besteht der Bedarf nach schulischer Weiterbildung, stellt sich die Situation deutlich komplexer dar. Auch der Zugang zu **Hochschulen** ist aus den ländlichen Regionen heraus ebenfalls deutlich erschwert, wobei ein Umzug zum Zweck eines Studiums von den Ausländerbehörden auch bei Wohnsitzauflagen, gestattet werden muss. Vorbereitungsmaßnahmen, die auf ein Studium in Deutschland vorbereiten, sind jedoch schwerer zugänglich.

Die **Integrationskurse** des Bundes sind verpflichtende integrationspolitische Maßnahmen, die jeweils in den Kommunen umgesetzt werden. Teilnehmen dürfen und müssen anerkannte Geflüchtete und seit 2016 auch Personen, mit einer guten Bleibeperspektive¹⁵ – wenn genügend Plätze vorhanden sind. Die Länder und Kommunen können zusätzlich zu den Sprachangeboten des Bundes, Integrationskurse und berufsbezogene Sprachkurse von ESF-BAMF, weitere Sprachkurse anbieten. Viele Länder haben sich dazu entschieden und entwickelten Sprachkursangebote, die teilweise vor Ort in den Kommunen mit denen des Bundes konkurrierten oder nicht kompatibel waren (Schammann, Younso 2016; Thränhardt, Weis 2016: 17). Die Integrationskurse und berufsbegleitenden Deutschkurse werden vor allem in den größeren Zentren der Landkreise abgehalten, so dass die Anfahrtswege für Geflüchtete oftmals zur Herausforderung werden. Die damit verbundenen Fahrtkosten und der hohe bürokratische Aufwand bei Abrechnung dieser Auslagen sind ebenfalls eine bekannte Problematik in ländlichen Regionen (Schader-Stiftung 2010: 42 f.). Die geringe Dichte von Migrant*innen in den ländlichen Kommunen, sorgen für eine hohe Heterogenität der Sprachkursteilnehmenden. Zudem gibt es weiterführende Sprachkurse (jenseits von B1-Niveau), insbesondere C1-Kurse aber auch berufsbezogenen Deutschkurse, hauptsächlich in größeren Kreisstädten (Aumüller, Gesemann 2013: 60).

Im hohen Maße abhängig vom Engagement der Einwohner*innen und vom politischen Wille der Kommune, sind **zusätzliche Bildungsangebote**, wie etwa Sprach- und Alphabetisierungskurse oder Computerkurse für Geflüchtete, besonders für Geflüchtete ohne gute Bleibeperspektive. Diese Bildungsangebote fallen unter die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen und sind auch eine Frage der finanziellen Ausstattung der Kommune. Im Zuge der erhöhten Zuwanderung 2015/2016 wurden durch den Bund (BMBF) das Programm „Kommunale Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ aufgelegt. Damit unterstützt der Bund ein **kommunales Bildungsmanagement** mittels 320 Bildungs Koordinator*innenstellen. Diese sind bei Kreisen, Städten und Gemeinden an recht unterschiedlichen Stellen angesiedelt – in ländlichen Regionen meist beim Landkreis.

¹⁵ Gute Bleibeperspektive „Menschen, die aus Herkunftsländern mit einer Schutzquote von über 50 Prozent kommen, haben eine gute Bleibeperspektive. Seit 01.08.2019 trifft dies auf die Herkunftsländer Eritrea und Syrien zu. Das Kriterium einer guten Bleibeperspektive gilt nur bei Personen mit einer Aufenthaltsgestattung gem. § 55 Abs. 1 AsylG“ (BAMF 2019b).

5.5 Gesundheit

Asylbewerber*innen und Personen mit Duldung werden über das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) mit Gesundheitsleistungen für akute Krankheiten und Schmerzzustände versorgt. Verantwortlich während des Asylverfahrens sind die Kommunen im Rahmen der weisungsgebundenen Pflichtaufgaben. Sie tragen auch die Kosten für die Gesundheitsversorgung und organisieren den Zugang zu Gesundheitsleistungen auf sehr unterschiedliche Weise. Mit dem Asylpaket I im Oktober 2015 wurde die Möglichkeit der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete vom Bund geschaffen (Bertelsmann Stiftung 2016).¹⁶ Die tatsächliche Umsetzung liegt auf Ebene der Bundesländer und wird von diesen unterschiedlich ausgestaltet.¹⁷ Sie entscheiden auch, ob sie weiterhin im alten Verfahren der Gesundheitsversorgung für Asylsuchende, Ausstellung von Krankenscheinen durch die Sozialämter, bleiben wollen (u. a. Lindner 2015; Bertelsmann Stiftung 2016). In Deutschland haben **Personen ohne Papiere** grundsätzlich keinen Zugang zum Gesundheitssystem. Kommunen können jedoch entscheiden, ob sie Personen ohne Papiere eine Gesundheitsleistung ermöglichen wollen, etwa durch einen anonymen Krankenschein (vgl. Solidarity City Berlin 2017). **Anerkannte Geflüchtete** erhalten Gesundheitsleistungen nach dem SGB.

In der Wahrnehmung kommunaler integrationspolitischer Maßnahmen spielt die Gesundheitsversorgung keine vorrangige Rolle (Kriemann 2016: 26). Bei Befragungen des praxisnahen Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) wurde jedoch deutlich, dass Verwaltungsmitarbeitende der Kommunen einen **erhöhten Handlungsbedarf** der Städte und Gemeinden sehen. So zeigt sich, dass beispielsweise Informationen zu verschiedenen (zusätzlichen) Leistungen oder Vorsorgeuntersuchungen von Geflüchteten weniger in Anspruch genommen werden als von anderen Einwohner*innen (Kriemann 2016: 26). Eine Herausforderung besteht offenbar auch in der **sprachlichen Barriere** sowie in einem **unterschiedlichen Umgang** mit Fragen zur Gesundheit (Kriemann 2016: 26; Baron, Flory 2018). Die Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung durch die Kommunen ist sehr unterschiedlich. So unterstützen einige Kommunen den Aufbau von Dolmetscher*innen-Pools, um bspw. bei gesundheitlicher Beratung zu vermitteln. Andere Kommunen ermöglichen es, Sachverhalte so auszulegen, dass auch Behandlungen, die nach § 4 AsylbLG ausgeschlossen wären, möglich sind. Es gehört zum kommunalen Handlungsspielraum weitere Gesundheitsleistungen über § 6 AsylbLG zu ermöglichen und etwa Aufklärung und Maßnahmen im Bereich der Sucht- und Trauma-Beratung anzubieten (Baron, Flory 2016; Machleidt et al 2018).

Ländliche Regionen sind zu dem mit besonderen infrastrukturellen Voraussetzungen bei der Gewährleistung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung konfrontiert. Die Erreichbarkeit von Gesundheitseinrichtungen spielt dabei genauso eine Rolle, wie die dauerhafte Ansiedlung von Ärzt*innen in ländlichen Räumen. Das Ermöglichen von bspw. psychologischer Beratung vor Ort

¹⁶ Das sogenannte „Bremer Modell“ ist das Vorreitermodell für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte auf Bundesländerebene. Es wird in Bremen seit 2005 praktiziert (Gesundheit für Geflüchtete (o. J.)).

¹⁷ Mehr zur Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende in den Bundesländern siehe Günther et al. 2019.

gestaltet sich als eine zentrale Herausforderung. Psychotherapeut*innen, Psycholog*innen und Berater*innen, die nach Möglichkeit mehrsprachig und kultursensitiv sind, sind ohnehin schwieriger vorzufinden (Gavranidou, Abdallah-Steinkopff 2007). Auch wenn viele Faktoren der Gesundheitsinfrastruktur alle Einwohner*innen in ländlichen Gebieten betreffen, sind doch Personen, die „nicht mobil“ sind oder nur eingeschränkt Deutsch sprechen, von diesen Umständen besonders betroffen.

5.6 Mobilität

Insbesondere in ländlichen Räumen mit disperser Siedlungsstruktur, weiten Entfernungen in die nächsten Zentren und einem geringeren Beratungsangebot in der Fläche, sind Geflüchtete auf eine gute Mobilitäts- und Beratungsinfrastruktur angewiesen (vgl. Schader-Stiftung 2011: 77). Fehlende räumliche Mobilität, Zentralisierungstendenzen und begrenzte Beratungs- und Kulturangebote vor Ort, können demnach soziale Exklusion hervorrufen (Geis 2017: 9, 44; Kamruzaman 2016: 8, 14; Schader-Stiftung 2011: 78) und Integrationshemmnisse für die betreffenden Personen bedeuten (DifU 2015: 10; Schader-Stiftung 2011: 14). Im Unterschied zu den Politikfeldern Wohnen, Arbeit, Bildung und Sprache sowie Gesundheit, die in nahezu allen Studien zur kommunalen Integrationspolitik untersucht werden (vgl. Aumüller 2018; Ritgen 2018; Bogumil et al. 2017; Gesemann, Roth 2017; Schammann, Kühn 2016; Deutscher Landkreistag 2016; Gesemann, Aumüller 2013; Krummacher 2011), wird der Untersuchungsbereich Mobilität zwar häufig als relevant erwähnt, aber kaum explizit untersucht, obwohl dessen Bedeutung in ländlichen Räumen unstrittig ist (Weidinger et al. 2017: 52; Roos 2016: 147; DIFU 2015: 10; Aumüller et al. 2015: 67; Schader-Stiftung 2011: 14). Die Erreichbarkeit von wichtigen Einrichtungen jenseits migrationspolitischer Fragestellungen in ländlichen Räumen ist ein Querschnittsthema (Schader-Stiftung 2011: 77) welches durch die Landkreise, Kommunen, Verkehrsverbünde und Zivilgesellschaft beeinflusst wird. Ob bzw. inwieweit Mobilität der Geflüchteten als eigenständiges Problem- und Handlungsfeld wahrgenommen wird, wird sich durch die Analyse zeigen.

Der **Rechtsrahmen des Politikfeldes Mobilität** umfasst die Ebenen des europäischen Gemeinschaftsrechts, des Bundesrechts und des Landesrechts (Küpper, Steinrück 2010: 24). Grundlage in Deutschland ist das Personenbeförderungsgesetz (PBefG 1961), welches auf Bundesebene die Grundlagen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), unterteilt in Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) und Öffentlichen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) regelt (Resch 2015: 24). Im Regionalisierungsgesetz (RegG) von 1993 wurde der **ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge** definiert und die Verantwortung auf die Länder und Kommunen übertragen (Küpper, Steinrück 2010: 24). Daraufhin haben fast alle Bundesländer eigene ÖPNV-Gesetze erlassen, in denen die wesentlichen Ziele des ÖPNV festgelegt wurden. Dazu gehören u. a. angemessene Bedienung der Bevölkerung, Fahrgastfreundlichkeit, benutzerfreundliche Tarife, sichere Anschlussverbindungen, Barrierefreiheit, Vergünstigungen für bestimmte Gruppen (Resch 2015: 33 ff.). Obwohl die Sicherstellung des ÖPNV in den Landesgesetzen als Daseinsvorsorge genannt wird (Resch 2015: 34), wurde, mit Ausnahme in den Ländern Thüringen und Hessen, die Bereitstellung des

ÖPNV-Angebotes als **freiwillige Aufgabe** definiert. Obwohl demnach keine Pflicht besteht, ein ÖPNV-Angebot bereitzustellen, hat noch kein Landkreis diese Praxis aufgegeben (Küpper, Steinrück 2010: 24). In den ÖPNV-Gesetzen der Länder werden die Landkreise und Kommunen (über 50.000 Einwohner) als Behörde („Aufgabenträger“) des ÖPNV festgelegt. In ländlichen Räumen, in denen der straßengebundene Personennahverkehr (Bus) die Hauptrolle spielt, sind die Landkreise zwar die Aufgabenträger, allerdings wird diese Aufgabe von kaum einem Landkreis eigenständig erfüllt. Vielmehr wird diese Aufgabe in der Regel an **Verkehrsbetriebe in kreiseigener Trägerschaft, gemischtwirtschaftliche oder private Betreiber** übertragen, wobei in ländlichen Gebieten überwiegend private Unternehmen tätig sind (Resch 2015: 20). Infolge einer Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes im Jahr 2013 sind die Aufgabenträger verpflichtet, bis 2022 einen Nahverkehrsplan aufzustellen, in dem vor allem Wert auf gleichberechtigte Teilhabe von mobilitäts- und sensorisch eingeschränkten Personen gelegt wird (Resch 2015: 26 und 37). In finanziell schlechter ausgestatteten Kommunen wie auch in eher ländlich geprägten Regionen, fällt es den ÖPNV-Unternehmen deutlich schwerer, diese verkehrspolitischen Zielvorstellungen umzusetzen (Küpper, Steinrück 2010: 29; Resch 2015: 35).

Um die Teilhabechancen von Migrant*innen und Geflüchteten in ländlichen Räumen durch eine bessere Erreichbarkeit und Mobilität zu erhöhen, werden in der Forschungsliteratur und in der Praxis zwei Strategien diskutiert: Zum einen die **Förderung der individuellen Mobilität**, zum zweiten die **Dezentralisierung von Angeboten**. Die Förderung der individuellen Mobilität kann beispielsweise erfolgen durch Investitionen in das ÖPNV-Netz (Geis 2017: 44), die Einführung von Sozialtickets für Personen im Leistungsbezug (z. B. Landkreis Wolfenbüttel), die Verlegung von Haltestellen oder ganzen Linien, um einzelne Ortsteile in das ÖPNV-Netz zu integrieren (Eggers 2017) und Schulungen oder durch Informationsmaterialien zur leichteren Nutzung des ÖPNV (Geis 2017: 36). Aufgrund der großen föderalen Vielfalt der ÖPNV-Finanzierung und -Förderung ist hier für die genaue finanzielle Aufschlüsselung eine landesspezifische Betrachtung der einzelnen Maßnahmen notwendig (Resch 2015: 53). Neben der Stärkung des ÖPNV gibt es Kommunen, die über die Jobcenter (Teil-)Finanzierungen von Führerschein und PKW bei perspektivischer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ermöglichen (Geis 2017: 23) oder das ehrenamtliche Engagement durch Mitfahrerbanken (Mehl et al. 2017), Benzinkostenbeteiligung für ehrenamtliche Fahrdienste oder Bürgerbusse unterstützen (Küpper, Steinrück 2010: 53). Neben dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und dem Motorisierten Individualverkehr (MIV) spielt auch das Fahrrad in ländlichen Räumen eine Rolle, um Ziele in der näheren Umgebung aufzusuchen (Geis 2017: 26). Zum einen sammeln Ehrenamtliche Fahrräder und geben diese gegen Spende oder kostenfrei ab und helfen beim Reparieren. Zum anderen unterstützen die örtliche Polizei oder der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) mit Fahrsicherheitstrainings.

Bei der zweiten genannten Strategie der Dezentralisierung und Flexibilisierung der Angebote ist es aufgrund der geringen Anzahl von Geflüchteten in ländlichen Räumen meist schwierig, differenzierte Beratungsangebote anzubieten. Es wird daher versucht, die bestehenden Strukturen von Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen für die Beratungsbedarfe von Geflüchteten mit zu nutzen (Schader-Stiftung 2011: 79). Kommunen können aller-

dings auch dezentral Untergebrachte im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit betreuen, wie zum Beispiel im Landkreis Stendal (Aumüller et al. 2015: 67). In anderen Bereichen kann allerdings auch eine Bündelung von Angeboten von Interesse sein, wenn es darum geht, erhöhten Mobilitätsaufwand zu vermeiden. So werden zum Beispiel in kommunalen Familien- und Jugendzentren oder Kindertagesstätten gleichzeitig Sprachkurse, Kinderbetreuung, soziale Treffpunkte und Beratung angeboten (Schader-Stiftung 2011: 80).

6 Einflussfaktoren lokaler Migrationspolitik

Aus der Literatur lassen sich diverse Einflussfaktoren auf die Migrationspolitik der lokalen Ebene ableiten, die wir durch unsere vergleichende Untersuchung auf der Ebene der ländlichen Landkreise und ländlichen Städten und Gemeinden empirisch überprüfen (ausführlicher Schammann et al. i. E.).

Die Rolle von Personen, bspw. politische Mandatsträger*innen wie Bürgermeister*innen oder Gemeindevorsteher*innen, spielen in ländlichen Regionen eine Schlüsselrolle (Boos-Krüger 2005; Miksch, Schwier 2001; Volkenant 2011). Insbesondere wenn es darum geht, Konzepte und Meinungen einzubringen, um etwa die Teilhabe von Migrant*innen zu fördern, können solche Schlüsselpersonen über den Erfolg politischer Maßnahmen und die Akzeptanz durch die lokale Gemeinschaft, entscheiden. Wenn es um das soziale Gefüge einer Kommune geht, betont Hüttermann (2010: 24) in seiner Sozialstudie zu Kleinstädten die außerordentliche Bedeutung von einzelnen, lokalen Persönlichkeiten (Alisch, May 2011: 10; ILS 2016: 86). Flache Hierarchien in der Verwaltung und persönliche Netzwerkstrukturen werden ebenfalls bei kleinen Kommunen als ein eindeutiger Vorteil für die Umsetzung von Integrationspolitik gesehen (ILS 2016: 86). Nachteilig ist hingegen der niedrige Grad an institutionalisierten Strukturen (ILS 2016). In kleinen Kommunen werden die persönlichen Netzwerkstrukturen vor Ort von der Forschung als ein gestaltender Faktor für die Umsetzung von Integrationspolitik identifiziert. Es wird zudem zu prüfen sein, ob eine **parteilpolitische Bindung** der politischen Führung in den ländlichen Kommunen tatsächlich eher wenig Einfluss auf die Gestaltung der lokalen Migrationspolitik hat – wie angenommen – und vielmehr der politische Wille in der Kommune als auch die Persönlichkeit des*der politischen Mandatsträger(s)*in eine Rolle spielt.

Aus der Forschung ist bekannt, dass **institutionelle Logik** in verschiedensten Politikbereichen eine Rolle spielt. Das Verhalten von Cross-sector-social-partnerships (CSSP), wie sie zur Bewältigung der Herausforderungen im Zuge der erhöhten Zuwanderung vielfach in Kommunen entstanden sind, geben evtl. Aufschluss über integrationspolitische Entscheidungen für Policies von Kommunen (Hesse et al. 2018). Hesse, Kreuzer, Diehl haben herausgearbeitet, dass es eine **staatliche**, eine **kommunale** und eine **wirtschaftliche Logik** im Prozess der Zusammenarbeit von Institutionen zur Integration von Geflüchteten gibt (2018: 7). Diese verschiedenen Logiken interagieren miteinander und diese Interaktion wird durch verschiedene „neutralizers of conflict“ oder „drivers of conflict“ beeinflusst (Hesse et al. 2018: 7). Der Einfluss von kommunalen Organisationen auf Grassroot-Organisationen von Geflüchteten ist in den ländlicheren Gegenden des hier untersuchten Landkreises begrenzter. Laut Hesse et al. kam es im Verlauf der Zeit 2015/2016 in den CSSPs zu einem Austausch der dominanten Logiken, von der kommunalen Logik hin zur staatlichen und wirtschaftlichen Logik (2018: 19). Dieser Wechsel der dominanten institutionellen Logik in Netzwerken geht sehr wahrscheinlich einher mit einem Policy-Wechsel in integrationspolitischen Maßnahmen. Von humanitärer Hilfe bei der Erstversorgung (Policies zu Unterbringung usw.) hin zu einer Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten (Policies zu Arbeit).

Als ein spezifischer Faktor, der sich für Verwaltungen in ländlichen Regionen finden lässt, wird die **räumliche Nähe** aller Verwaltungsorgane benannt. Oftmals konzentrieren sich innerhalb der Kreisstadt alle relevanten Ämter. Aus den bisherigen Erkenntnissen der Forschung lässt sich die Annahme bestätigen, dass kleinere Verwaltungen eher eine Struktur hervorbringen, die eine Kooperation aller benötigten Ämter bei Fragen der Integrationspolitik ermöglicht und Hierarchien und damit verbundene Komplikationen abbaut (Boss-Krüger 2005; Rüdiger 2005; ILS 2016). Auch Randsberger und Lessmeister (2011: 100) nehmen an, dass sich **kleinräumliche Strukturen** auch auf die Integrationsarbeit auswirken. Auch Untersuchungen zu „Integrationspotenzialen“ berufen sich auf den Faktor der „Überschaubarkeit des Raumes“ (Boos-Krüger, Wilk 2011: 68). So werden Kleinstädte schon alleine dadurch zu idealen Orten der Integration, da die Möglichkeiten der gegenseitigen Wahrnehmung vielfältiger sind, man schneller ins Gespräch kommt, sich Dinge schneller herumsprechen und man besser informiert ist über lokale Neuigkeiten. Ebenso bewirkt eine kleinräumliche Struktur eine schwächere Segregation der Lebensräume und Wohnviertel. So kommt es zu weniger strukturellen Benachteiligungen von sozial schlechter gestellten Personen und oder Geflüchteten (Kirchhoff 2018: 194). Jedoch bedeutet eine räumliche Nähe der zuständigen Ämter und Behörden für integrationspolitische Belange nicht auch automatisch eine Entlastung für Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen. Insbesondere wenn die Betroffenen in kleinen Gemeinden und Städten, in Entfernung zum Mittelzentrum wohnen, wirkt die zunächst vorteilhaft interpretierte räumliche Konzentration im Umkehrschluss als Herausforderung. Die räumliche Nähe der verschiedenen Akteure in ländlichen Kommunen, kann auch dann nicht positiv wirken, wenn die institutionellen Logiken der Akteure deutlich genug rivalisieren (s. o., Hesse et al. 2018: 7).

Entsprechend können Strukturbedingungen ländlicher Räume, die an und für sich eher integrationsfördernd wirken, durch geringe Bereitschaft zur Umsetzung genau das Gegenteil bewirken und so zu „Ächtung und Isolation“ führen (Boos-Krüger, Wilk 2011: 68). Kommunen in ländlichen Räumen haben demnach ein **hohes Potenzial** an Öffentlichkeit, aus dem man nur schwer in die Anonymität entkommen kann (Micksch, Schwier 2000; Boos-Krüger 2005). Besonders gerne wird der Vergleich zu Großstädten gezogen. Im Gegensatz zu der Anonymität der Großstadt herrscht in kleinen Gemeinden ein **hohes Maß an sozialer Kontrolle** (ILS 2016). Inwieweit auf diesem Boden spezifisch ländlich geprägte lokale Diskurse entstehen bzw. eine einflussreiche **lokale politische Kultur** hervorgebracht wird, wird im Schlußschluss mit der Untersuchung der Zivilgesellschaft im Teilprojekt „Rolle der Zivilgesellschaft und der Einstellung der Aufnahmegesellschaft“ herausgearbeitet. Es ist dabei durchaus möglich, dass die lokale politische Kultur gegenläufig ist zu Trends auf Bundesebene.

Wissenschaftliche Publikationen und graue Literatur haben vielfach die Unterscheidung herausgestellt zwischen Kommunen, die **Erfahrung mit Migration** haben (zumeist größere Städte) und Kommunen, die bis 2015 so gut wie keine Migrationserfahrung gemacht haben (u. a. Schammann, Kühn 2016; Spellerberg 2018). So wird den kleinen Kommunen (die zumeist in ländlichen Regionen liegen) eine eingeschränkte Migrationserfahrung nachgewiesen, mit der auch eine häufig reaktive Integrationspolitik vor Ort begründet werden kann (vgl. ILS 2016: 85; Schammann et

al. i. E.). Auch das unterschiedliche Ausmaß an Erfahrung mit Migration zwischen den kommunalen Ausländerbehörden und ihren Sachbearbeitenden sei hier erwähnt. Ermessensentscheidungen von Sachbearbeitenden und der direkte Umgang mit Geflüchteten haben nach Schittenhelm und Schneider direkten Einfluss auf den*die Asylbewerber*in (2017: 1710).

Die **Verzahnung von Regional- und Integrationspolitik** ist möglicherweise ein weiterer Einflussfaktor für die Ausgestaltung integrationspolitischer Maßnahmen in ländlichen Räumen. In vielen der bereits genannten Publikationen werden Entwicklungsperspektiven einer integrationsorientierten Regionalpolitik thematisiert (u. a. Machold et al. 2013; Hollstein 2017; Spellerberg 2018). So werden bspw. die Instrumente der Regional- und Kommunalentwicklung vorgeschlagen, um die Integration von Migrant*innen in ländlichen Räumen zu unterstützen (Martinez Juan 2017). LEADER-Regionen könnten integrationspolitische Maßnahmen explizit mit in ihr Projektprofil aufnehmen und so auch zivilgesellschaftliche Maßnahmen finanziell fördern (Langemeyer und Thorpe 2016; Spellerberg 2018). Aktuell lassen sich aber nur in wenigen Regionen solche Integrationsmaßnahmen erkennen. Bogumil, Grohs und Seuberlich prognostizieren, dass in der Regionalentwicklung zukünftig die Frage einer sozialen Daseinsvorsorge eine große Rolle spielen wird und somit die Ämter für Migration, Teilhabe, Integration und Betreuung eine bedeutendere Rolle in der Aufsicht- und Förderstruktur solcher Entwicklungsfonds bekommen werden (2018: 124; Herbst et al. 2016).

Literaturverzeichnis

- Ager A, Strang A (2008) Understanding Integration: A Conceptual Framework. In: *Journal of Refugee Studies* 21 (2), 166-191. DOI:10.1093/jrs/fen016
- Alber E, Zwilling C (eds) (2014) *Gemeinden im Europäischen Mehrebenensystem: Herausforderungen im 21. Jahrhundert*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Schriftenreihe der Europäischen Akademie Bozen, Bereich "Minderheiten und Autonomien", 26)
- Alemann U von, Münch C (eds) (2006) *Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Alisch M (2008) Partizipation gestalten: Gesellschaftliche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen. In: Alisch M, May M (eds): *Kompetenzen im Sozialraum. Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt*. Verlag Barbara Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, v. 1), pp 133-155
- Alisch M, May M (eds) (2008) *Kompetenzen im Sozialraum. Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt*. Verlag Barbara Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, v. 1)
- Alisch M, May M (eds) (2011) *Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern*. Opladen: Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 6)
- Aumüller J (2009) Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In: Gesemann F, Roth R (eds): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp 111-130
- Aumüller J, Gesemann F (2013) *Potenzialbericht Erste Ergebnisse der Erhebungen vor Ort. Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel*. Herausgegeben von Schader-Stiftung. Darmstadt
- Aumüller J, Gesemann F (2014) *Abschlussbericht Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel*. Herausgegeben von Schader-Stiftung. Darmstadt
- Aumüller J, Daphi P, Biesenkamp C (2015) *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen: Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement*. Expertise gefördert und herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung, zu finden in <<https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/die-aufnahme-von-fluechtlingen-den-bundeslaendern-und-kommunen>> [zitiert am 29.03.2019]
- Aumüller J, Gesemann F (2016) *Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum*. In: *APuZ* (46-47), pp 29-34
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2019a) *Aktuelle Zahlen zu Asyl Dezember 2019*, zu finden in <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-dezember-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=4> [zitiert am 30.01.2020]
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2019b) *Infothek. Was heißt gute Bleibeperspektive?* zu finden in <<https://www.bamf.de/SharedDocs/FAQ/DE/IntegrationskurseAsylbewerber/001-bleibeperspektive.html>> [zitiert am 30.09.2019]

- Baron J, Flory L (2016) Versorgungsbericht. Zur psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen und Folteropfern in Deutschland. Herausgegeben von Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BAfF e. V
- Baron J, Flory L (2018) Versorgungsbericht. Zur psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen und Folteropfern in Deutschland. 4. Aufl. Herausgegeben von Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BAfF e. V., zu finden in <http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2018/08/Versorgungsbericht_4.Auflage.pdf> [zitiert am 26.03.2019]
- Bartels T (2018) Demografischer Wandel – Integration als Chance für den ländlichen Raum. In: Meyer H, Ritgen K, Schäfer R (eds): Handbuch Flüchtlingsrecht und Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: Kommunal- und Schul-Verlag Wiesbaden, pp 425-437
- Bartelheimer P, Pagels N (2009) Kommunale Integrationspolitik und lokaler Arbeitsmarkt. In: Gesemann F, Roth R (eds): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp 469-496
- Beirat für Raumentwicklung beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2017) Flüchtlinge – Auswirkungen und Aufgaben für die (Bundes-) Raumordnung, Landes- und Regionalplanung. Empfehlung des Beirats für Raumentwicklung. Herausgegeben von Beirat für Raumentwicklung beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Berlin
- Bendel P, Schammann H, Heimann C, Stürner J (2019) Der Weg über die Kommunen. Empfehlungen für eine neue Schlüsselrolle der Kommunen in der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung
- Bjerre L, Helbling M, Römer F, Zobel M (2015) Conceptualizing and Measuring Immigration Policies: A Comparative Perspective. In: *International Migration Review* 49 (3), pp 555-600.
- Blätte A (2015) Grenzen und Konfigurationen politischer Handlungsfelder. Skizze einer typologischen Theorie. In: *dms - der moderne staat* 8 (1), pp 91-112
- Boese M, Phillips M (2017) The role of local government in migrant and refugee settlement in regional and rural Australia. In: *Australian Journal of Social Issues* 52 (4), pp 388-404. DOI:10.1002/ajs4.26
- Bogumil J, Hafner J, Kastilan A (2017) Städte und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik. Welche Probleme gibt es – und wie kann man sie lösen? Eine Studie im Auftrag der Stiftung Mercator. Herausgegeben von Stiftung Mercator. Ruhr Universität Bochum. Berlin
- Bogumil J, Grohs S, Seuberlich M (2018) Die niedersächsischen Ämter für regionale Landesentwicklung – Ergebnisse der begleitenden wissenschaftlichen Evaluation: Wissenschaftliches Abschlussgutachten im Auftrag der Staatskanzlei in Niedersachsen, zu finden in <https://www.mb.niedersachsen.de/.../Abschlussgutachten_Bogumil_Evaluation_ArL.pdf> [zitiert am 29.03.2019]
- Bommes M (2003) Die politische ‚Verwaltung‘ von Migration in Gemeinden. In: Oltmer J (ed): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen: V & R Unipress (IMIS-Schriften, 12), pp 459-480

- Bommes M (2006) Einleitung: Kommunen als Moderatoren sozialer Integration. In: *IMIS-Beiträge* (28), pp 11-24
- Bommes M (2009) Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Gesemann F, Roth R (eds): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp 89-109
- Bommes M, Kolb H (2012) From Disorder to New Roles for all Governments: Integration and Federalism in Germany. In: Joppke C, Seidle FL (eds): *Immigrant Integration in Federal Countries*. Montreal: Queen's University Press (Thematic Issues in Federalism, 2), pp 113-133
- Boos-Krüger A (2005) Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherung an ein neues Forschungsgebiet. In: Schader-Stiftung, deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut f. Urbanistik, Institut f. Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung, Ruhr-Universität Bochum (ed): *Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt*. Darmstadt, pp 407-444
- Boos-Krüger A, Wilk B (2011) Integration in kleinen Städten – ein normativer Erklärungsansatz. In: Alisch M, May M (eds): *Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessenorientierungen von Zuwanderern*. Opladen: Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 6), pp 59-72
- Braun R, Simons H (2015a) Familien aufs Land – Teil 2. Flüchtlinge kommen überwiegend als Familien und die sind in der Kleinstadt schneller integrierbar – der Staat muss deswegen lenkend eingreifen. Herausgegeben von empirica. empirica Institut. Berlin, Bonn (empirica paper, 230), zu finden in <<http://www.empirica-institut.de/kufa/empi230rbhs.pdf>> [zitiert am 27.03.2018]
- Braun R, Simons H (2015b) Familien aufs Land! Warum wir die Flüchtlinge im Leerstand unterbringen sollten und wie das funktionieren könnte. Herausgegeben von Empirica. Empirica Institut. Berlin, Bonn (Empirica Paper, 228), zu finden in <<http://www.empirica-institut.de/kufa/empi228rb.pdf>> [zitiert am 27.03.2019]
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (ed) (2018) *Integration von Zuwanderern – Herausforderungen für die Stadtentwicklung. Zwischenergebnisse aus dem Projekt „Integration von Zuwanderern – Herausforderungen für die Stadtentwicklung“*, zu finden in <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2018/bbsr-online-06-2018-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3> [zitiert am 29.03.2019]
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (2016) *Diskussionsforum Raumentwicklung. Der Zustrom von Flüchtlingen und die Einflüsse auf die Raumentwicklung. Ein MORO-Forschungsfeld*. Herausgegeben von Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Bonn (MORO Informationen, 14/2)
- ARGE – Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung (2016) *Positionspapier zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen. Landentwicklung im Lichte der Flüchtlingssituation*. Herausgegeben von ARGE Landentwicklung
- Burgenlandkreis (2017) *Integrationskonzept*. Naumburg

- Campomori F, Caponio T (2017) Immigrant integration policymaking in Italy: regional policies in a multi-level governance perspective. In: *International Review of Administrative Sciences* 83 (2), pp 303-321. DOI:10.1177/0020852315611238
- Caponio T, Jones-Correa M (2017) Theorising migration policy in multilevel states: the multilevel governance perspective. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 97 (2), 116. DOI:10.1080/1369183X.2017.1341705
- Castles S (2004) The Factors That Make and Unmake Migration Policies. In: *International Migration Review* 38 (3), pp 852-884. DOI:10.2307/27645419
- Cornelius WA, Martin PL, Hollifield JF (1994) Introduction: The Ambivalent Quest for Immigration Control. In: Cornelius WA, Tsuda T, Martin PL, Hollifield JF (eds): *Controlling Immigration. A Global Perspective*. Stanford: Stanford University Press, pp 341
- Cvetkovic A (2009) The Integration of Immigrants in Northern Sweden: A Case Study of the Municipality of Strömsund. In: *International Migration* 47 (1), pp 101-131. DOI:10.1111/j.1468-2435.2008.00502.x
- Czaika M, Haas H de (2013) The Effectiveness of Immigration Policies. In: *Population and Development Review* 39 (3), pp 487-508. DOI:10.1111/j.1728-4457.2013.00613.x
- DAFA – Deutschen Agrarforschungsallianz (2016) Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen Deutschlands. Ergebnisse der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) basierend auf einem Workshop vom 18./19. Mai 2016. Herausgegeben von Deutsche Agrarforschungsallianz. Braunschweig
- Damm A, (2019) Teilhabe und Vielfalt vor Ort – Kommunale Integrationskonzepte in Deutschland, MIDEM-Policy Paper 01/19, Dresden, zu finden in <https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/MIDEM_PolicyPaper_2019-1_Integrationskonzepte.pdf> [zitiert am 31.08.2019]
- Dehne P, Knieling J (2016) Residenzpflicht für Flüchtlinge als Instrument der Raumordnung? In: *Nachrichten der ARL* (1), pp 5-8
- Dekker R, Emilsson H, Krieger B, Scholten P (2015) A Local Dimension of Integration Policies? A Comparative Study of Berlin, Malmö and Rotterdam. In: *International Migration Review IMR* 49 (3), pp 633-658. DOI:10.1111/imre.12133
- Deutscher Landkreistag (2016) Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen. Strategische Leitlinien und Best Practices. Herausgegeben von Deutscher Landkreistag. Viventure. Berlin
- Ellermann A (2006) Street-level democracy: How immigration bureaucrats manage public opposition. In: *West European Politics* 29 (2), pp 293-309. DOI:10.1080/01402380500512627
- Engel S (2013) Migrations- und Integrationspotenziale im ländlichen Raum Deutschlands. *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* (1): 84-97
- Enzenhofer E, Resch K (2011) Übersetzungsprozesse und deren Qualitätssicherung in der qualitativen Sozialforschung. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, Vol 12, No 2 (2011): Biography and Politics. DOI:10.17169/FQS-12.2.1652

- Eule TG (2014) Inside immigration law. Migration management and policy application in Germany. First issued in paperback. London, New York: Routledge, Taylor et Francis Group (Research in migration and ethnic relations series)
- Europäische Kommission (2018) Common European Asylum System, zu finden in <https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/asylum_en> [zitiert am 27.03.2019]
- European Network for Rural Development (2019) LEADER/CLLD, zu finden in <https://enrd.ec.europa.eu/leader-clld_de> [zitiert am 01.10.2019]
- Filsinger D (2009) Entwicklung, Konzepte und Strategien der kommunalen Integrationspolitik. In: Gesemann F, Roth R (eds): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp 279-296
- Filsinger D, Gesemann F (2017, überarbeitet in 2018) Kommunale Integrationskonzepte: Verbreitung, Funktion und Wirksamkeit. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Berlin, Saarbrücken
- Floeting H, Kirchhoff G, Scheller H, Schneider J (eds) (2018) Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben. Deutsches Institut für Urbanistik (difu). Berlin (Difu Impulse, 1/2018)
- Franke S, Magel H (eds) (2016) Flüchtlinge aufs Land? Akademie für Politik und Zeitgeschehen; Flüchtlinge aufs Land; Gemeinsames Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung. München (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen)
- Freeman GP (1994) Can Liberal States Control Unwanted Migration? In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 534, Strategies for Immigration Control: An International Comparison, pp 17-30
- Freeman GP (1995) Modes of Immigration Politics in Liberal Democratic States. In: *International Migration Review* 29 (4), pp 881-902
- Gavranidou M, Abdallah-Steinkopff B (2007) Brauchen Migrantinnen und Migranten eine andere Psychotherapie? In: *Psychotherapeuten Journal* (4), 353-361
- Geiger M, Pécodou A (eds) (2012) The Politics of International Migration Management: Palgrave Macmillan (Migration, minorities and citizenship)
- Geis I (2017) Ergebnisbericht Nahmobilität für Migranten als Bestandteil einer erfolgreichen Integrationsstrategie. Eine Bedarfsanalyse für das Rhein-Main-Gebiet. Herausgegeben vom Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik, IML. Frankfurt am Main
- Gesemann F (2015) Chance und Herausforderung. In: *Landinform* (4), 12-13
- Gesemann F, Roth R (2017) Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin., zu finden in <<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13372.pdf>> [zitiert am 27.03.2019]
- Gesemann F, Roth R (eds) (2018) Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS

- Goldenberg O, Sackmann R (2014) Interorganisationelle Unterstützung der beruflichen Integration von (Neu)Zuwanderern in urbanen und ländlichen Regionen. Erfolgsfaktoren der Prozessketten-gestaltung in Halle (Saale) und dem Burgenlandkreis. Herausgegeben von Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Der Hallesche Graureiher, 2)
- Gretter A, Machold I, Membretti A, Dax T (2017) Pathways of Immigration in the Alps and Carpathians: Social Innovation and the Creation of a Welcoming Culture. In: *Mountain Research and Development* 37 (4), pp 396-405. DOI:10.1659/MRD-JOURNAL-D-17-00031.1
- Grote J (2018) Die veränderte Fluchtmigration in den Jahren 2014 bis 2016: Reaktionen und Maßnahmen in Deutschland: Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migra-tionsnetzwerk (EMN), zu finden in <https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/11b_germany_changing_influx_final_de_0.pdf> [zitiert am 29.03.2019]
- Gruber M (2013) Integration im ländlichen Raum. Ein Praxishandbuch. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag
- Günther W, Kurrek D, Töller AE (2019) Ein starker Fall für die Parteiendifferenztheorie: Die Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende in den Bundesländern. In: *Zeitschrift für Politikwissen-schaft*, pp 1-32. DOI:10.1007/s41358-019-00193-4
- Hammar T (1990) Democracy and the Nation State. Aliens, Denizens, and Citizens in a World of Interna-tional Migration. Aldershot: Avebury (Research in ethnic relations series)
- Haug S, Sauer L (2007) Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern. Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Forschungsbericht, 3)
- Häußermann H (1991) Die Bedeutung "lokaler Politik" – neue Forschung zu einem alten Thema. In: Blanke B, Benzler S (eds): Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen "dezentrale" Politik: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Politische Vierteljahres-schrift Sonderheft, 22/1991), 35-51
- Häußermann H, Wurtzbacher J (2005) Die Gemeinde als Ort politischer Integration. In: Heitmeyer W, Im-busch P (eds): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft (Analysen zu gesellschaft-licher Integration und Desintegration), pp 429-449
- Helbling M, Leblang D (2019) Controlling Immigration? How regulations affect migration flows In: *Europe-an Journal of Political Research* 58 (1), pp 248-269. DOI:10.1111/1475-6765.12279
- Herbst M, Dünkel F, Stahl B (eds) (2016) Daseinsversorgung und Gemeinwesen im ländlichen Raum
- Hesse A, Kreutzer K, Diehl M-R (2018) Dynamics of Institutional Logics in a Cross-Sector Social Partnership: The Case of Refugee Integration in Germany. *J Bus Ethics* 55 (6): 1381. DOI:10.1007/s10551-017-3775-0
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2017) Hessischer Integrationspreis 2017, zu finden in <<https://integrationskompass.hessen.de/integration/hessischer-integrationspreis> [zitiert am 10.09.2019]

- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2018) Ausweitung Landesprogramm „WIR“ 2018, zu finden in <<https://integrationskompass.hessen.de/vielf%C3%A4ltige-f%C3%B6rderungsm%C3%B6glichkeiten-im-landesprogramm-wir>> [zitiert am 10.09.2019]
- Hessische Staatskanzlei (ed) (2018) Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum. Abschlussdokumentation
- Hinger S, Schäfer P, Pott A (2016) The Local Production of Asylum. In: *Journal of Refugee Studies* 29 (4), 440-463. DOI:10.1093/jrs/few029
- Hollifield JF (1992) Immigrants, Markets, and States. The Political Economy of Postwar Europe. Cambridge: Harvard University Press
- Hollstein A (2017) Integration gehört in Altena zur Stadtentwicklung. Informationen zur Raumentwicklung (2): 122-125
- Hunger S (2018) No naturalization, no participation? The influence of citizenship regimes and naturalization on immigrants' political participation. In: *Z Vgl Polit Wiss* (12), pp 279-296
- Hunger U (2006) Die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten und ihre Bedeutung für die "Integration" – fünf Thesen. In: *Migration und Soziale Arbeit* 28 (1), pp 8-15
- Hunger U, Candan M (2009) Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg: Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Herausgegeben von Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Münster
- Hüttermann J, Mewes A (2010) Entzündungsfähige Konfliktkonstellationen. Eskalations- und Integrationspotentiale in Kleinstädten der Einwanderungsgesellschaft. Weinheim: Juventa-Verl. (Konflikt- und Gewaltforschung)
- ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (2016) Gelingende Integration im Quartier. Gutachten. Endfassung. Unter Mitarbeit von Dymarz M, Hanhörster H, Hans N, Wallraff M, Zimmer-Hegmann R. Herausgegeben von ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung. Dortmund
- Kamruzzaman, Yigitcanlar T, Yang J, Mohamed M (2016) Measures of Transport-Related Social Exclusion: A Critical Review of the Literature. In: *Sustainability* (8)
- Kaschlik A, Engel A, Harteisen U (eds) (2017) Potenziale in der Peripherie: Diversität und Veränderungsprozesse in ländlichen Regionen gestalten. Lemgo: Verlag Dorothea Rohn, 252 p
- Kennel C, Neumüller M (2016) Flüchtlinge in ländlichen Räumen. Erkenntnisse aus dem Wettbewerb "Menschen und Erfolge". In: *Ländlicher Raum* (02), pp 26-29
- KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (2017) Kommunales Integrationsmanagement. Teil 1: Managementansätze und strategische Konzeptionierung. Herausgegeben von Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt. Köln (KGST-Bericht, 7)

- Kirchhoff G (2016) Erfolgsfaktoren und Hindernisse bei der Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum. Erfahrungen aus Forschungs-Praxis-Projekten. Auftaktveranstaltung Ankommen – Wohlfühlen – Heimisch werden. Modellvorhaben: Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum. Hessische Staatskanzlei. Wiesbaden, 24.06.2016
- Kirchhoff G (2018) Integration Geflüchteter in ländlichen Räumen. In: Floeting H, Kirchhoff G, Scheller H, Schneider J (eds): Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben. Berlin (Difu Impulse, 1/2018), pp 191-198
- Kordel S, Weidinger T, Jelen I (eds) (2018) Processes of immigration in rural Europe. The status quo, implications and development strategies. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing
- Kriemann M (2016) Handreichung. Beispiele guter Praxis in der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik. Herausgegeben von DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Berlin
- Krummacher M (2011) Kommunale Integrationspolitik. In: Dehme H-J, Wohlfahrt N (eds): Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp 189-200
- Krummacher M (2017) Kommunale Integrationspolitik in Deutschland – Fakten, Entwicklungstrends, Widersprüche, Perspektiven. In: Geisen T, Riegel C, Yildiz E (eds): Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten. Wiesbaden, pp 79-96
- Kuhlmann S, Schwab O (eds) (2017) Starke Kommunen – wirksame Verwaltung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden
- Küpper P, Steinrück B (2010) Mobilität in ländlichen Räumen unter besonderer Berücksichtigung bedarfsgesteuerter Bedienformen des ÖPNV: Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie, zu finden in <https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/bitv/dk043302.pdf> [zitiert am 29.03.2019]
- Langemeyer M, Thorpe E (eds) (2016) Migrant and refugee integration. The European Agricultural Fund for Rural Development. European Network for Rural Development. Manuscript finalized during July 2016. Luxembourg: Publications Office of the European Union
- Leo C, August M (2009) The Multilevel Governance of Immigration and Settlement: Making Deep Federalism Work. In: *Canadian Journal of Political Science* Vol. 42 (2), pp 491-510
- Lindner K (2015) Die gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden in Deutschland: Aktuelle politische Entwicklungen. In: *Migration und Soziale Arbeit* 37 (1), pp 81-88
- Loescher G, Betts A, Milner J (2012) The United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). The politics and practice of refugee protection. 2nd ed. New York: Routledge (Routledge global institutions series, 62)
- Machleidt W, Heinz A, Sieberer M (eds) (2018) Praxis der interkulturellen Psychiatrie und Psychotherapie. Migration und psychische Gesundheit. 2. Aufl. München: Elsevier, Urban & Fischer
- Machold I, Dax T, Strahl W (2013) Potenziale entfalten. Migration und Integration in ländlichen Regionen Österreichs. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Forschungsbericht/Bundesanstalt für Bergbauernfragen, 68)

- Manatschal A (2013) Kantonale Integrationspolitik im Vergleich. Eine Untersuchung der Determinanten und Auswirkungen subnationaler Politikvielfalt. Baden-Baden: Nomos (Politik und Demokratie in den kleineren Ländern Europas = Politics and governance in the smaller European democracies, Bd. 4)
- Marcher A, Kofler I, Streifeneder TP (2017) Social and Labor Integration of Asylum Seekers in Rural Mountain Areas. A Qualitative Study. In: *Mountain Research and Development* 37 (4), pp 388-395. DOI:10.1659/MRD-JOURNAL-D-17-00030.1
- Martinez Juan A (2017) EU rural development policy and the integration of migrants. Briefing. Herausgegeben von European Parliament
- Mehl P (ed) Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-) herausforderungen. Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. Workshop zur "Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Ländliche Räume" (Thünen Report, 53), zu finden in <<http://hdl.handle.net/10419/171336>> [zitiert am 27.03.2019]
- Micksch J, Schwier A (eds) (2000) Fremde auf dem Lande. 2. Aufl. Frankfurt am Main: O. Lembeck (Interkulturelle Beiträge, 19)
- Netzwerk Ländliche Räume (2018), zu finden in <<https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/>> [zitiert am 01.09.2018]
- Nève D de, Olteanu T (2013) Politische Partizipation jenseits der Konventionen. Opladen: Verlag Barbara Budrich
- OECD (2018) Working Together for Local Integration of Migrants and Refugees
- Özer C, Schwarze A (2017) "Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum". Expertise zu den Chancen und Handlungsansätzen für eine erfolgreiche Integration von Neueinwanderern in die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins. 2.500. Aufl. Unter Mitarbeit von MOZAIK gemeinnützige Gesellschaft für interkulturelle Bildungs- und Beratungsangebote. Herausgegeben von Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins. Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins. Kiel
- Peter E (17.7.2018). Ein sicherer Hafen. Immer mehr Städte widersprechen der europäischen Absottungspolitik. Auch Berlin will ein Zufluchtsort für Geflüchtete sein – und ihre Rechte stärken. taz – Online, zu finden in <<http://www.taz.de/!5518024/>> [zitiert am 27.03.2019]
- Poppelaars C, Scholten P (2008) Two Worlds Apart. The Divergence of National and Local Immigrant Integration Policies in the Netherlands. In: *Administration & Society* 40 (4), 33-357. DOI:10.1177/0095399708317172
- Ransberger M, Lessmeister R (2011) Integration: (K)ein Thema für den ländlichen Raum? Das Beispiel der Spätaussiedler aus der ehemaligen UdSSR im ländlichen Oberfranken. Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft (58): 97-114
- Reimann B, Kirchhoff G, Pätzold R, Strauss W-C (2015) Forschungs-Praxis-Projekt Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe. Dokumentation der Auftaktveranstaltung am 26./27. November 2015. Herausgegeben vom Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

- Renner N (2018) Die Wohnsitzauflage als Mittel deutscher Integrationspolitik? Das Beispiel Sachsen. Herausgegeben von MIDEM – Mercator Forum Migration und Integration. Dresden (MIDEM-Policy Paper)
- Resch H (2015) Branchenanalyse: Zukunft des ÖPNV: Entwicklungstendenzen und Chancen. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Online-Ressource (228 p). Study / Hans-Böckler-Stiftung 302
- Ritgen K (2018) Integration im ländlichen Raum – Die Rolle der Landkreise. In: Gesemann F, Roth R (eds): Handbuch lokale Integrationspolitik, pp 407-435
- Roos UM (2016) Migration und Integration in ländlichen Räumen am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig: Eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Sichtweisen von Personen mit Migrationshintergrund. Dissertation, Universität des Saarlandes
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013) SVR für Neuordnung nach der Bundestagswahl. Berlin. Dorothee Winden, zu finden in <<https://www.svr-migration.de/presse/presse-svr/svr-fuer-neuordnung-nach-der-bundestagswahl/>> [zitiert am 27.03.2019]
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016) Ankommen und bleiben. Wohnsitzauflagen als integrationsfördernde Maßnahme? (Policy Brief, 2016-6)
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016) Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des SVR-Forschungsbereichs. Herausgegeben von Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. in Zusammenarbeit mit Robert Bosch Stiftung. Berlin
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2018) Steuern, was zu steuern ist. Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetz leisten? (Jahresgutachten 2018)
- Schader-Stiftung (2007a) Zuwanderer auf dem Land – Forschung: Integration von Ausländern, zu finden in <<https://www.schader-stiftung.de/themen/demographie-und-strukturwandel/fokus/laendlicher-raum/artikel/zuwanderer-auf-dem-land-forschung-integration-von-auslaendern>> [zitiert am 27.03.2019]
- Schader-Stiftung (2007b) Zuwanderer auf dem Land – Historische Formen der Migration, zu finden in <<https://www.schader-stiftung.de/themen/demographie-und-strukturwandel/fokus/laendlicher-raum/artikel/zuwanderer-auf-dem-land-historische-formen-der-migration>> [zitiert am 27.03.2019]
- Schader-Stiftung (2010) Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum. Dokumentation der Fachtagung am 15./16. September 2010. Unter Mitarbeit von Gudrun Kirchhoff. Darmstadt: Schader-Stiftung
- Schader-Stiftung (ed) (2011a) Integrationspotentiale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Schader-Stiftung. Darmstadt

- Schader-Stiftung (ed) (2011b) Erfolgreiche Integration im ländlichen Raum. Handlungsempfehlungen und Gute-Praxis-Beispiele; Forschungs-Praxis-Projekt Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Dezember 2011. Unter Mitarbeit von Gudrun Kirchhoff. Darmstadt (Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis)
- Schammann H (i. E.) Reflektierte Multiperspektivität: Überlegungen zu Stand und Perspektiven der Migrationsforschung. In *Zeitschrift für Migrationsforschung* 1 (1)
- Schammann H, Gluns D, Heimann C, Müller S, Wittchen T, Younso C, Ziegler F (i. E.) Ambitious activity above a pattern of passivity: re-dimensioning the “local turn” in migration policy-making. (Submitted)
- Schammann H (2018) Migrationspolitik. In: Blank B, Gögercin S, Sauer KS, Schramkowski B (eds): *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder*. Wiesbaden: Springer VS, pp 67-85
- Schammann H (2017a) Eine meritokratische Wende? Arbeit und Leistung als neue Strukturprinzipien der deutschen Flüchtlingspolitik. In: *Sozialer Fortschritt* 66 (11), pp 741-757
- Schammann H (2017b) Stadt, Land, Flucht. Konzeptionelle Überlegungen zum Vergleich städtischer Flüchtlingspolitik in Deutschland. In: Barbehön M, Münch S (eds): *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, pp 91-119
- Schammann H (2015) Wenn Variationen den Alltag bestimmen. Unterschiede lokaler Politikgestaltung in der Leistungsgewährung für Asylsuchende. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 9 (3), 161-182
- Schammann H, Kühn B (2016) Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017 plus), zu finden in <<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12763.pdf>> [zitiert am 26.09.2019]
- Schammann H, Younso C (2016) Studium nach der Flucht? Angebote deutscher Hochschulen für Studieninteressierte mit Fluchterfahrung. Empirische Befunde und Handlungsempfehlungen. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim
- Scheffer T (1999) Ausländerpolitik in den Kommunen. In: Wollmann H, Roth R (eds): *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*. Wiesbaden, s. l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp 764-779
- Schittenhelm K, Schneider S (2017) Official standards and local knowledge in asylum procedures: decision-making in Germany's asylum system. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 43 (10), 1696-1713
- Scholten P (2016) Between National Models and Multi-Level Decoupling: The Pursuit of Multi-Level Governance in Dutch and UK Policies Towards Migrant Incorporation. In: *Int. Migration & Integration* 17 (4), 973-994. DOI:10.1007/s12134-015-0438-9
- Schultz C, Kolb H (2018) Von der Verwaltung von Arbeitslosigkeit zur Fachkräftegewinnung. In: Gesemann F, Roth R (eds): *Handbuch lokale Integrationspolitik*, pp 509-523
- Solidarity City Berlin (2017) Der anonyme Krankenschein kommt, zu finden in <<http://solidarity-city-berlin.org/der-anonyme-krankenschein-kommt>> [zitiert am 28.03.2019]

- Spellerberg A (2018) Überlegungen zu einer integrationsorientierten Regionalpolitik. In: Floeting H, Kirchhoff G, Scheller H, Schneider J (eds): *Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben*. Berlin (Difu Impulse, 1/2018), pp 175-184
- Thränhardt D (2017) *Einbürgerung im Einwanderungsland Deutschland. Analysen und Empfehlungen*. Herausgegeben von Friedrich-Ebert-Stiftung (WISO Diskurs), zu finden in <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/13590-20170821.pdf> [zitiert am 28.03.2019].
- Thränhardt D, Weiss K (2016) *Flüchtlingspolitik im deutschen Föderalismus*. Herausgegeben von Friedrich-Ebert-Stiftung (gute Gesellschaft - Soziale Demokratie #2017plus), zu finden in <<https://library.fes.de/pdf-files/wiso/12762.pdf>> [zitiert am 28.03.2019].
- Verbundpartner "Zuwanderer in der Stadt" (2005) *Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik*. Darmstadt
- Volkenant K (2011) *Geschlossene Gesellschaft? Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen in Sontra*. In: Alisch M, May M (eds) *Integrationspotenziale in kleinen Städten: Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern*. Opladen: Budrich: pp 177-193
- Wegrich K (2017) *Pragmatisch und kritisch? Lehren aus der Policy- und Implementationsforschung*. In: Kuhlmann S, Schwab O (eds): *Starke Kommunen – wirksame Verwaltung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, pp 171-197
- Wehling H-G (2009) *Kommunalpolitik in Baden-Württemberg*. In: Frech S, Weber R, Wehling H-G, Witt P (eds): *Handbuch Kommunalpolitik*. Stuttgart: Kohlhammer (Politik in Baden-Württemberg, 1), pp 9-30
- Weidinger T, Kordel S, Pohle P (2017 (2016)) *Bleiben oder Gehen? Einflussfaktoren auf die Standortmobilität anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen am Beispiel des Bayerischen Waldes*. *Europa Regional* 24 (3-4): 46-61
- Weiser B (2016) *Recht auf Bildung für Flüchtlinge. Rahmenbedingungen des Zugangs zu Bildungsangeboten für Asylsuchende, Schutzberechtigte und Personen mit Duldung (schulische oder berufliche Aus- und Weiterbildung)*. 2. Aufl. Herausgegeben von Informationsverbund Asyl und Migration e. V. Berlin
- Wollmann H (2008) *Reformen dezentral-lokaler Organisationsstrukturen zwischen Territorialität und Funktionalität – England, Schweden, Frankreich und Deutschland im Vergleich*. In: Heinelt H, Vetter A (eds): *Lokale Politikforschung heute*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Bibliografische Information:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikationen in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Bibliographic information:
The Deutsche Nationalbibliothek (German National Library) lists this publication in the German National Bibliographie; detailed bibliographic data is available on the Internet at www.dnb.de

Bereits in dieser Reihe erschienene Bände finden Sie im Internet unter www.thuenen.de

Volumes already published in this series are available on the Internet at www.thuenen.de

Zitationsvorschlag – Suggested source citation:
Schammann H, Younso C, Meschter D (2020) Lokale Migrationspolitik in ländlichen Regionen Deutschlands: Ausgangspunkte für empirische Forschung. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 45 p, Thünen Working Paper 142, DOI:10.3220/WP1585900191000

Die Verantwortung für die Inhalte liegt bei den jeweiligen Verfassern bzw. Verfasserinnen.

The respective authors are responsible for the content of their publications.



Thünen Working Paper 142

Herausgeber/Redaktionsanschrift – *Editor/address*
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Bundesallee 50
38116 Braunschweig
Germany

thuenen-working-paper@thuenen.de
www.thuenen.de

DOI:10.3220/WP1585900191000
urn:nbn:de:gbv:253-202004-dn062196-9